Initiativbeschluss 3 des Bundeskongresses 2014

Stoppt die Gewalt in der Ukraine!

Stoppt die NATO! Stoppt die Nazis!

Was die Ukraine und die Region brauchen, sind ein sofortiger Waffenstillstand und der Beginn eines Verhandlungsprozesses mit allen Beteiligten. Die VVN-BdA fordert gemeinsam mit der ganzen Friedensbewegung:

- Tut alles, um in der Ukraine einen nachhaltigen Waffenstillstand zu erreichen.
- Von EU und Bundesregierung fordern wir eine Politik zur Deeskalation in der Ukraine und zum Abbau der Spannungen mit Russland; keine Wirtschaftssanktionen! Rücknahme des »Assoziierungsabkommens«!
- Von den Medien in unserem Land verlangen wir eine sachgerechte Berichterstattung und rhetorische Abrüstung.
- Keine Toleranz gegenüber und keine Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften in der Ukraine!
- Schluss mit der Osterweiterung der NATO und der EU-Militärorganisation! Keine Waffenexporte in die Region!
- Vertrauen schaffen: z.B. durch die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und die strikte Achtung des völkerrechtlichen Gewaltverbots. Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation.

Vor allem: Gegen nationalistischen Geschichtsrevisionismus! Solidarität mit den antifaschistischen Kräften in der Ukraine und in Russland, Solidarität mit Borotba. Schluss mit der Kommunistenverfolgung und mit antisemitischem Vorgehen in der Ukraine! Frieden für die Ukraine! Frieden mit Russland!

Alle Beschlüsse des Bundeskongresses auch unter: http://vvn-bda.de/wp-content/uploads/2014/07/alle-Beschl%C3%BCsse-des-5-Buko.pdf

Internationales Jugendtreffen Auschwitz 5.-10. Mai 2015

»Der Zug der 1.000«

Im Mai 2015 organisieren die Auschwitz-Stiftung, das Institut der Veteranen und die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) eine Fahrt von 1.000 Jugendlichen aus ganz Europa von Brüssel nach Auschwitz. Das Projekt steht unter der Schirmherrschaft des Belgischen Königs.

Der Zug startet in Brüssel und wird in Deutschland einen Haltepunkt haben, an dem weitere Jugendliche zusteigen können. Insgesamt werden etwa tausend Jugendliche aus ganz Europa in Auschwitz zusammenkommen, um – in der Gesellschaft der letzten Überlebenden der Lager – der Befreiung vom deutschen Faschismus und des Siegs der Demokratie zu gedenken.

Die Reise hat neben dem Gedenken auch noch weitere Ziele.

Pädagogisch: 1.000 Jugendliche bekommen die Möglichkeit, das Museum von Auschwitz (Stammlager und Birkenau) zu besuchen und etwas über den Völkermord der Nazis zu erfahren.

Erinnerung: Die Jugendlichen besuchen das Gelände des ehemaligen Lagers zusammen mit Überlebenden und Augenzeugen.

Begegnung: Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, mit Gleichaltrigen aus allen europäischen Ländern zusammenzukommen.

Kosten der Teilnahme: Aufgrund zahlreicher Fördermittel, die insbesondere in Belgien für das Projekt gesammelt werden konnten, beträgt der Eigenbeitrag für jede/n Jugendliche/n maximal 250 €. Darin enthalten sind die Reisekosten mit dem Sonderzug (von jedem Zusteigebahnhof), die Übernachtung in einem Jugendhotel sowie Vollpension in Polen. Ebenfalls sind alle Programmkosten (Begleiter, Bustransfer etc.) enthalten.

In Deutschland bemühen wir uns um weitere Sponsoren, damit der Eigenbeitrag gesenkt werden kann.



Vorläufiges Programm:

5. Mai 2015
Abreise aus Brüssel um 15 Uhr.

6. Mai 2015
Ankunft im Krakau gegen 18 Uhr. Quartier in den Hotels und Jugendherbergen. Abends: Freizeit.

7. Mai 2015
7.30 Uhr Abfahrt nach Auschwitz. 9 Uhr Besuch des Museums. 13 Uhr Mittagspause. 14.30 Uhr Fortsetzung des Besuchs bis 17.00 Uhr Abends: Veranstaltung/Festivität

8. Mai 2015
7.30 Uhr Abfahrt nach Birkenau. Wir steigen an der »Rampe« aus und gehen das letzte Stück zu Fuß. 12 Uhr Internationale Gedenkzeremonie aller Beteiligten. 13.30 Uhr Mittagspause. 16 Uhr Klezmer-Konzert. Abends: Sozialer Abend – Jugend trifft Jugend

9. Mai 2015
14 Uhr Abreise nach Krakau, Besuch in Krakau

10. Mai 2015
19 Uhr Ankunft in Brüssel

Informationen und Anmeldungen bei Thomas Willms, Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: (030) 29 78 41 74, E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de
Dort kann auch der Flyer bestellt werden.



Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland«

Termine im November/Dezember 2014

Eckernförde: Kommunikationszentrum »Das Haus«, 4.-7. November, Runder Tisch gegen rechts
Rüsselsheim: Gemeindehaus der Evangelischen Stadtkirche, 7.-14. November, Initiative gegen Rechtsextremismus
Hamburg: ab 10. November, Dammtorstr. 14, Öffentliche Rechtsauskunft Hamburg
Bremen: Oberschule an der Egge, 12.-14. November
Eckernförde: Fritz-Reuter Schule, 10.-14. November
Düren: bis 11. November, Kreishaus Düren, Dürener Bündnis gegen rechts
Mömlingen: Klosterinsel, bis 15. November, Veranstalter »Odenwald gegen rechts«
Lübeck: Gewerkschaftshaus, bis 17. November
Hamburg: 15./16. November, Wochenendveranstaltung »Respekt: gegen alltägliche Gleichgültigkeit«, Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände in Hamburg
Kappeln/Schlei: Rathaus, 17.-20. November: Runder Tisch gegen Nazis
Lollar: 17. bis 28. November, Clemens-Brentano-Europaschule
Kappeln: 24. November bis 5. Dezember, Klaus-Harms-Schule
Bruchköbel: »Artrium«, 4.-14. Dezember, Bündnis gegen Rechtsextremismus

alle Termine und Informationen:
neofa-ausstellung.vvn-bda.de

Zu »Den Bruderstaat gibt es nicht« in »*antifa*« Länderbeilage September/Oktober 2014

Wie weiter mit der Diskussion?

Auf den Beitrag von Mathias Wörsching, der in der letzten Ausgabe auf dieser Seite veröffentlicht wurde, sind viele schriftliche und mündliche Meinungsäußerungen eingegangen. Einige Auszüge aus Leserbriefen geben wir hier wieder. Sie enthalten Fragen und Argumente, die auch von anderen Leserinnen und Lesern vertreten wurden. Da uns auch umfangreiche Argumentationen erreichten, für deren Veröffentlichung der Platz in der antifa nicht ausreicht, hat der Bundessprecherkreis entschieden, allen interessierten Lesern sämtliche inhaltlichen Diskussionsbeiträge und Zuschriften ungekürzt zur Verfügung zu stellen. Sie können als Datei oder Brief beim Bundesbüro angefordert werden. Darüber hinaus wird sich der Bundesausschuss auf seiner nächsten Sitzung am 29./30. November in Magdeburg erneut mit der Situation in der Ukraine und unseren Positionen in dieser Frage beschäftigen. Über die Ergebnisse dieser Diskussion werden wir auf den Bundesseiten der nächsten antifa-Ausgabe berichten. ***Regina Girod***

Widerspruch aus Pankow

Wir stimmen Mathias zu, dass »Unser Platz bei den linken und antifaschistischen Bewegungen in der Ukraine und Russland (ist)…«, ansonsten aber widersprechen wir mit allem Nachdruck der Gesamtdiktion seines Beitrages. Unsere Position in Fragen Krieg und Frieden, Menschenrechte und Menschenwürde kann niemals neutral sein. Denn VVN heißt seit 1947: Dort, wo Naziideologie und Faschisten Andersdenkende, Andersaussehende und Andersgläubige diskriminieren, verfolgen, mit Gewalt bedrohen und ermorden, dort ergreifen wir eindeutig Partei und stehen an der Seite der Betroffenen. Dort widerstehen wir all jenen, die Faschismus hoffähig machen, ihn tolerieren und mit ihm sogar paktieren. Das sind wir den Verfolgten und Opfern des Faschismus von damals und von heute schuldig. Denn BdA verpflichtet uns seit 1971, als größte vereinte antifaschistische Organisation in Deutschland mit all ihren Möglichkeiten, aus der Geschichte lernend den Faschismus als das zu entlarven, was er ist – ein menschenverachtendes Verbrechen. Er ist weder national noch sozialistisch und auch nicht nationalsozialistisch. Er gehört im Sinne des Potsdamer Abkommens und des Nürnberger Tribunals geächtet und verbannt.

Deshalb fühlen wir uns mit allen gesellschaftlichen, religiösen und staatlichen Kräften verbunden, die diese Lehren aus dem Kampf der Antihitler-Koalition beherzigen. Diesem Anspruch wird der zur Debatte stehende Beitrag in keiner Hinsicht gerecht.

Andrej Reder, Hanna Tomkins, Heinrich Fink, Mitglieder der VVN-BdA Pankow

Antimilitarismus auf der Höhe der Zeit?

In »*antifa*« September/Oktober 2014 erschien der Beitrag »Den Bruderstaat gibt es nicht«, den Mathias Wörsching ausdrücklich mit seiner VVN-BdA-Mitgliedschaft siegelte. Ich bin erstaunt, irritiert und empört über einige Behauptungen, die ich am wenigsten in einer antifa-Zeitung vermutete.

Zur Überschrift: Wer behauptet denn, dass Russland ein »Bruderstaat« sei? Hat jemand verschlafen, was 1989/90 geschehen ist? Was soll das Schattenboxen? Der Beitrag Wörschings hat einen roten Faden: Putin kommt auf die Anklagebank. Wer hat denn dem »Kremlherrscher« diesen Platz zugewiesen und warum? Stehen Ziel und Methode der USA-Strategie nicht schon (mit Landkarten) in Zbigniew Brzezinskis »Die einzige Weltmacht«? Ist die Ukraine für die deutschen Imperialisten eine unentdeckte Landschaft? Müssen Linke die NATO-Ostausdehnung unterstützen? Wer betreibt eine abenteuerliche Politik, Putin oder die NATO? Russland ist eine »konkurrierende Großmacht«. Was sonst? Die Sowjetunion war eine »Supermacht«? Wem hat das genutzt oder geschadet?

Wörsching postuliert: »Wer mittels selbstgemachter Plebiszite und militärischer Machtanwendung einseitig Grenzen verschiebt, der öffnet die Büchse der Pandora.« Wann wo und wie begann denn die Verschiebung der Nachkriegsgrenzen, die in Helsinki als Bedingung für den Frieden von allen Unterzeichnerstaaten als endgültig anerkannt worden waren? Wo standen die »Bonapartisten«? Wörsching weiß, wo »unser Platz« ist. Zum Glück gibt es bürgerliche Politiker, die Putin aus guten Gründen nicht verteufeln. Helmut Schmidt meint, dass die Politik der EU gegenüber Russland größenwahnsinnig, inkompetent und hochgefährlich sei. Der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler warnte vor der »gefährlichen Kraftmeierei«. »Wollen wir ein neues 1914« Jakob Augstein, Herausgeber des »Freitag« empfahl: »Wir fragen: Was will Putin? Wir sollten uns lieber fragen: Was wollen wir?«. In unserem Falle: Was wollte Wörsching mit seiner Anti-Putin-Attacke, die ihm sogar »imperiales Macho-Gehabe« unterstellt?

Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider, Dresden

Notwendige Erinnerung

Unsere Landesorganisation hatte an den Bundeskongress einen Initiativantrag »Stoppt die Gewalt in der Ukraine! Stoppt die NATO! Stoppt die Nazis!« gerichtet. Dieser konnte aus Zeitgründen in Frankfurt am Main nicht mehr behandelt werden. Er wurde dann - stark gekürzt - vom Bundesausschuss beschlossen. Die gesamte Mitglied- und Leser/innenschaft der »*antifa*« hätte sehr gerne gewusst, was die Position unseres Verbandes in einer so dramatischen Angelegenheit wie die Entwicklung in der Ukraine ist. Leider wurde unser Beschluss nicht in der »*antifa*« veröffentlich, wohl aber die Einzelmeinung eines Mitglieds aus Berlin.

Wir haben nichts gegen den Abdruck von Meinungsäußerungen, wie es die abgedruckte ist. Wir haben jedoch etwas gegen die Bevorzugung, die sich darin äußert. Auf die Seiten »Vom Rhein zur Oder« gehören die Beschlüsse und Informationen, die unsere Bundesorganisation herausgibt.

Wir bitten, den Beschluss zur Ukraine in der nächsten Ausgabe auf den Bundesseiten zu veröffentlichen. Auf der Leserbriefseite mag dann stehen, was will.

Falk Mikosch, Landessprecher NRW

Putin der Schreckliche?

Wer kein Ziel hat, schießt auf Pappkameraden. Wer das friedensgefährdende Projekt Ukraine angeleiert hat, weiß jeder politische Analphabet. Es waren nicht die »abscheulichen russischen Faschisten« und/oder die »erzreaktionären Kosakenverbände« die das Odessaer Gewerkschaftshaus in Brand setzten und 38 GewerkschafterInnen ermordeten. Wer diesen Brandherd in Mitteleuropa anheizt und an die Grenze eines 3. Weltkrieges treibt, sind die USA, die NATO, die BRD und andere europäische Staaten. Das sind diejenigen, die das Putschisten-Regime in Kiew als »Regierung« hochloben.

Ich habe bei vielen Anti-Kriegs-Demonstrationen bisher kein Mitglied der VVN-BdA mit zaristischen Fahnen gesehen und auch kein Mitglied der VVN-BdA sagen hören »der Platz der Friedensbewegung (sei) heute an der Seite Russlands«.

Die Forderung des Autors, »die Fahnen der anderen postsowjetischen Staaten« zu zeigen, ist schwer zu verstehen. Sein Vorwurf, »AntifaschistInnen …übernehmen völlig unkritisch die Sichtweise russischer Großmachtpolitik…« ist eine nicht belegte Behauptung. »Iwan, der Schreckliche« erlebt hier seine Wiederauferstehung in Pankow. Was soll das?

Jürgen Schuh, Düsseldorf

Entschädigung von Angehörigen von NS-Opfern

Lang überfällig

Sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene bestehen Regelungen, nach denen Angehörige von NS-Verfolgten Leistungen erhalten können.

I. Regelungen auf Bundesebene

Auf der Ebene des Bundes sind hier zunächst das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die Härterichtlinien zum Allgemeinen Kriegsfolgengesetz (AKG-HärteRL) zu nennen. Seit dem Ablauf der letzten Antragsfrist am 31.12.1969 können nach Art. VIII BEG-SchlG Erstanträge nach dem BEG nicht mehr gestellt werden. Eine Antragstellung nach den AKG-HärteRL ist dagegen nach wie vor möglich. § 7 Abs. 3 i.V.m. § 4 Abs. 1 der AKG-Härterichtlinie AKG-HärteRL bestimmt, dass Kinder, deren Elternteile aufgrund einer NS-Unrechtsmaßnahme (§ 1 AKG-HärteRL) durch staatliche Stellen oder unter Mitwirkung staatlicher Stellen getötet worden sind, eine einmalige Beihilfe i.H.v. 2.556,46 Euro erhalten können, wenn sie zum Zeitpunkt der Tötung das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten.
Gleiches gilt für Kinder, die zum Zeitpunkt der Tötung infolge bereits begonnener oder später begonnener Berufsausbildung unterhaltsberechtigt waren und das 27.Lebensjahr noch nicht vollendet hatten.
Unter Unrechtsmaßnahmen nach § 1 AKG-HärteRL sind Maßnahmen zu verstehen, nach denen Personen wegen ihrer körperlichen oder geistigen Verfassung oder wegen ihres gesellschaftlichen oder persönlichen Verhaltens vom NS-Regime als Einzelne oder als Angehörige von Gruppen angefeindet wurden und denen deswegen Unrecht zugefügt wurde. Hierzu zählen u.a. Euthanasie-Geschädigte, Zwangssterilisierte und Homosexuelle. Als Unrecht gelten auch gesetzmäßig verhängte Strafen, wenn sie, auch unter Berücksichtigung der Zeit-, insbesondere der Kriegsumstände, als übermäßig bewertet werden müssen sowie verhängte Freiheitsstrafen, sofern diese auf strafrechtlichen Entscheidungen beruhen, die durch das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (NS-AufhG) vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2501), geändert durch das Gesetz vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2714), aufgehoben wurden.

II. Besondere Regelungen für Bürger der ehemaligen DDR

Eine Besonderheit gilt für die Angehörigen eines NS-Verfolgten, denen in der ehemaligen DDR eine Hinterbliebenenpension gewährt worden war.
Nach § 2 Entschädigungsrentengesetz (EntschRG) ist es möglich, diese Pensionen auf eine Entschädigungsrente umzustellen oder, falls die Pension unter Verletzung rechtsstaatswidriger Grundsätze versagt wurde, nach § 3 EntschRG einen solchen Anspruch zu begründen.

III. Regelungen auf Landesebene

Neben dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus des Landes Berlin (PrVG) bestehen auch in den Bundesländern Bremen, Hessen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein Bestimmungen, nach denen Angehörige von NS-Verfolgten nach dem Tod des Verfolgten Ausgleichszahlungen erhalten können, wenn sie von den Verfolgungsmaßnahmen mitbetroffen waren: § 2 HF RL Bremen; § 6 I HS Hamburg; § 2 II HF RL Schlesw.-Holst.; § 1.1.3 HF RL Nds., § 2 II HF RL NRW; § 2.1 HF RL Rh.-Pf.; § 1 S. 2 HF RL Hes.
Zu den Bestimmungen der Länder ist Folgendes anzumerken:
- Die Leistungen aus den Härtefonds und der Stiftung erfolgen freiwillig. Einen Rechtsanspruch erkennen die Länder aber ausdrücklich nicht an. Neben der Höhe der maximal möglichen Zahlungen, unterscheiden sich die Härtefonds/Stiftung auch im Hinblick auf die zu erfüllenden Voraussetzungen. Beispielsweise werden die leistungsberechtigten Opfergruppen von Land zu Land unterschiedlich eingegrenzt.
So wird in den Ländern Berlin, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz der berechtigte Personenkreis als alle durch die NS-Herrschaft »unmittelbar« (Bremen; § 2 Bremer Härtefonds-Richtlinien [im Folgenden: HF RL]) »Betroffenen« (§ 2 I Satzung der Stiftung Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft in Berlin und Brandenburg [im Folgenden: SBB]), »nachhaltig Betroffenen« (Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, § 1 I HF RL NRW, § 1.1 HF RL Rh.-Pf.) oder »Verfolgten« (§ 1.1. Abs. 1 Nds. HF RL) umschrieben.
In Hessen, Schleswig-Holstein und in Hamburg werden die leistungsberechtigten Opfergruppen in § 1 HF RL Hes.; § 2 HF RL Schlesw.-Holstein; § 2 II Satzung der Hamburger Stiftung Hilfe für NS-Verfolgte (im Folgenden: HS Hamburg) aufgezählt. Hierzu zählen: politisch Verfolgte, auch wenn sie die Voraussetzungen des § 1 BEG nicht nachweisen können, wegen Ablehnung der NS-Ideologie, auf der Grundlage des Heimtückegesetzes und vergleichbaren Regelungen Inhaftierte, Opfer der NS-Militärjustiz, als »gemeinschaftsstörend« Verfolgte (insbesondere sogenannte »Asoziale«), ZwangsarbeiterInnen, »Euthanasieopfer«, Homosexuelle. Die Hamburger Satzung berücksichtigt zusätzlich (in § 2 II Nr. 8a), die Hessische HF RL in § 1b die Volksgruppen der Sinti und Roma.

IV. Fazit

Grundsätzlich können Angehörige, die ihren Ehepartner oder einen Elternteil aufgrund von NS-Unrechtsmaßnahmen (§ 1 AKG-HärteRL) durch staatliche Stellen oder unter Mitwirkung staatlicher Stellen verloren haben, einen Anspruch auf eine einmalige Beihilfe i. H. v. 2.556,46 Euro haben. Darüber hinaus besteht für Angehörige einzelner Bundesländer auch die Möglichkeit, zusätzliche Leistungen zu erhalten.
Da die jeweiligen Leistungen untereinander angerechnet werden und auf Länderebene Einmalzahlungen von bis zu 3.600 € möglich sind, kann sich dieser Vorteil auf einen Betrag von bis zu 1.043,54 € belaufen.

Jost Rebentisch
Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.
Genovevastraße 72
51063 Köln

Tel. +49 (0)221 17 92 94 23
Fax. +49 (0)221 17 92 94 29
rebentisch@nsberatung.de
www.nsberatung.de



Foto: r-mediabase.de

Kinder und Enkel des Widerstands

Auf Einladung der Antifaschistischen Erholungs-und Begegnungsstätte Heideruh trafen sich vom 10. bis 12. Oktober 2014 rund 30 Kinder und Enkel von Widerstandskämpfenden und Verfolgten des Faschismus aus sieben Bundesländern. Das Programm war gefüllt mit dem gegenseitigen Austausch zu den eigenen Lebensgeschichten als Kinder und Enkel von Eltern/Großeltern, die wegen ihres Widerstands gegen den Faschismus Gefängnis und KZ-Haft erleiden mussten.
Der Austausch bewirkte für die Beteiligten das Gefühl, mit diesem Schicksal nicht alleine zu stehen.
Die Teilnehmer/innen des Treffens wollen nun die Verantwortung übernehmen, Erlebtes und Erkämpftes ihrer Eltern/Großeltern aus der Zeit des Faschismus zu verarbeiten, sie wollen es weiter tragen und ihr eigenes Erleben als Kinder und Enkel von Widerstandskämpfenden veröffentlichen. Im Ergebnis soll zunächst im norddeutschen Raum ein Netzwerk für Kinder und Enkel des Widerstands nach dem Vorbild der seit drei Jahren bestehenden Gruppe »Kinder des Widerstands« in NRW geschaffen werden. Beim nächsten Treffen am 6. Dezember 2014 sollen weitere Schritte beschlossen werden.

NSU-Broschüre der Nordbayerischen Bündnisse gegen rechts

Zwischenbilanz zum Weitermachen

»Viele offene Fragen wurden bis Redaktionsschluss dieser Broschüre nicht befriedigend geklärt«, fasst die Autorin Birgit Mair ihren Bericht »›Ich hab noch nie einen Neonazi auf einem Fahrrad gesehen.‹ Vorläufiges Fazit aus der Beobachtung des bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses 2012/2013« zusammen.

Umso dringlicher ist es, immer wieder hineinzuleuchten in diese braunen Szenen und Zusammenhänge, aus denen zwar einiges im Zuge der Arbeit der Untersuchungsausschüsse und auch durch den Prozess in München ab und an kurz aufleuchtete, dann aber oft schnell wieder im Dunkel verschwand.

»Wichtig ist es, dass man nicht aufhört zu fragen«, steht im Titel der Broschüre der Nordbayerischen Bündnisse gegen rechts. Solche Fragen und die Folgerungen, die sich daraus ergeben, weiterhin in der Diskussion zu halten, ist Ziel dieser Zusammenstellung. Eine Zwischenbilanz, die zum Weitermachen auffordern will.

Seit kurzem an der Öffentlichkeit (verwiesen wird im Impressum auf den »Stand März 2014«), werden auf 64 ausführlich bebilderten Seiten in Beiträgen zahlreicher durchweg gut informierter Autorinnen und Autoren unter anderem Themenkomplexe behandelt wie die NSU-Netzwerk-Verknüpfungen zwischen Thüringen und Bayern, rassistisch motivierte »verdeckte Ermittlungsmaßnahmen« in Nürnberg und München und manches über V-Leute und Seltsamkeiten aus VS-Werkstätten. Daneben – besonders wichtig: Informationen über Neonazi-Aktivitäten und -Terror in Nordbayern vor und nach den NSU-Enthüllungen.

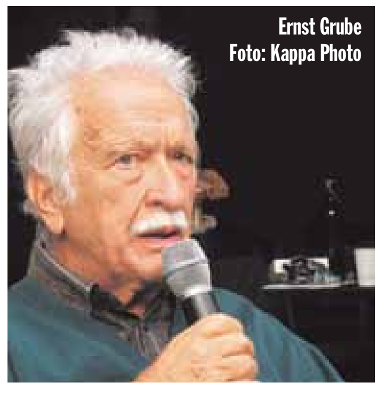
E. B.



Bestellt werden kann die Broschüre (3,50 Euro zzgl. Porto) per Email über: nbb_gegen_rechts@yahoo.de oder per Post bei: VVN-BdA Bamberg, c/o Günter Pierdzig, Kunigundendamm 55, 96050 Bamberg.

Ernst Grube zur aktuellen Auseinandersetzung in der Landeshauptstadt

Stolpersteine unersetzliches Andenken


Ernst Grube
Foto: Kappa Photo

Nachdem es rund zehn Jahre lang aufgrund eines Stadtratsbeschlusses in der Landesshauptstadt München nicht möglich war, Stolpersteine zur Erinnerung an ermordete Naziopfer auf öffentlichem Grund verlegen zu lassen, wurde nun die Diskussion darüber erneut eröffnet. Anfang Dezember soll dazu im Rathaus ein Hearing stattfinden. Im Vorfeld entwickelte sich in der Süddeutschen Zeitung eine ausführliche Leserbrief-Diskussion, nachdem dort die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in München, Charlotte Knobloch, auf deren Initiative das damalige Votum des Stadtrates zustande gekommen war, mit ihrer Kritik an den Stolpersteinen ausführlich zu Wort kam. Dem widersprach unter anderem Ernst Grube mit folgendem Schreiben, das die SZ an hervorgehobener Stelle veröffentlichte:

»1942 haben die Nazis meine Großmutter, Tanten, Onkel und deren Kinder deportiert. Zehn Verwandte, die nach Piaski, Izbica und Riga verschickt wurden, sind dort ermordet worden. Meine beiden Geschwister, unsere Mutter und ich wurden ebenfalls deportiert. Nur mit viel Glück haben wir die Judenverfolgung und Vernichtung (Kriegsende) überlebt.

Die Stolpersteine sind für meine Kinder und mich Steine des Gedenkens und kein ›Andenken im Dreck‹, wie Frau Knobloch diese gesellschaftlich tief wirksame Form der Erinnerung diffamiert. Ich mag die vielen respektlosen, verletzenden Aussagen von Charlotte Knobloch nicht weiter zitieren. Würdelos in Inhalt und Stil!

Für uns sind Stolpersteine eine unersetzliche Möglichkeit, mit den Menschen, die heute dort wohnen, ins Gespräch zu kommen und unsere nahen Verwandten vor dem Vergessen zu bewahren. Mein Sohn Ernst möchte schon lange für seinen Großvater Otto Binder, der in Stadelheim als Kommunist 1944 ermordet wurde, einen Stolperstein verlegen lassen. In München ist ihm das bisher verwehrt. Über ein Jahrzehnt haben sich viele Überlebende und deren Angehörige der Entscheidung des Münchner Stadtrates fügen müssen.

Zusammen mit meinen Kindern und Freunden gehöre ich zu denen, die sich von Beginn an gegen das Verbot, die Stolpersteine in München auf öffentlichem Grund zu verlegen, engagiert haben. Wir begrüßen daher das für den 5. Dezember geplante Hearing sehr. Endlich nutzt der Stadtrat damit die Möglichkeit, einen demokratischen Dialog zu initiieren, in dem alle Opfergruppen, deren Angehörige und Vertreter ein Forum bekommen, um das Für und Wider auszutauschen und abzuwägen.

Alle haben dasselbe Recht, wenn es ›um die unmenschlichsten Momente unserer Geschichte und den angemessenen Umgang damit‹ (Charlotte Knobloch) geht. Alle haben den gleichen Anspruch auf Respekt und Empathie. In diesem Sinn am 5. Dezember ein Hearing in gegenseitiger Achtung und auf gleicher Augenhöhe.«

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

November: Wolfgang Kummer, München, 87 Jahre; Anneliese Puchner, Ismaning, 82 Jahre; Inge Barck, München, 80 Jahre; Marie-Luise Gewinnus, Augsburg, 70 Jahre; Wolfgang Berndt, Sulzbach-Rosenberg, 65 Jahre; Franz Egeter, Augsburg, 65 Jahre; Barbara Gies, München, 60 Jahre; Jürgen Volz, Waldbrunn, 60 Jahre

Dezember: Irmgard Göhring, Happurg, 93 Jahre; Eva Rössner, Nürnberg, 88 Jahre; Marie-Luise Bertram, Augsburg, 85 Jahre; Ernst Grube, München, 82 Jahre; Irmgard Lössl, München, 70 Jahre; Werner Engelhardt; Ehekirchen, 65 Jahre; Eusebius Kögel, Niedertaufkirchen, 65 Jahre; Wolfgang Manske, Schwaig, 65 Jahre; Peter Zeis, Bamberg, 65 Jahre; Ruth Hahn-Bauer, Augsburg, 60 Jahre; Richard Kurz, Augsburg, 60 Jahre; Manfred Rauch, Moosburg, 60 Jahre

In Augsburg fand die 34. Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Bayern statt

Breite Anerkennung für die Arbeit

Immerhin: »Der Landesverband Bayern«, war in der Konferenzmappe im schriftlichen Rechenschaftsbericht zu lesen, »gehört zu den Landesverbänden mit einer leichten Zunahme der Mitgliederzahl. Von 693 Mitgliedern 2012 nahmen wir auf 704 Mitglieder zu. Eintritte sind besonders in den Orten zu verzeichnen, wo aktive Kreisverbände vorhanden sind, aber auch ohne Anbindung an Kreise.«

Das sind zwar keine gigantischen Mitgliederzuwächse. Aber sie sind doch recht erfreulich in Zeiten, in denen die VVN-BdA gewiss nicht die einzige Organisation im gesellschaftspolitischen Bereich ist, die es bei der Mitgliederentwicklung nicht gerade leicht hat.

Dafür gibt es vielfältige Ursachen, auch im angeblich so »wohlhabenden« Bundesland Bayern. Beginnend bei der Frage für viele Arbeitende (und Arbeitslose), Rentnerinnen und Rentner, wo und wofür sie sich regelmäßige Monatsbeiträge für Vereine, Verbände, Parteien etc. noch leisten können (und wollen). Daneben gibt es die Skepsis auch antifaschistisch engagierter jüngerer Menschen gegenüber »traditionellen« Organisationsformen.

Letzteres war bei dieser 34. Ordentlichen Landeskonferenz der VVN-BdA Bayern am 18. und 19. Oktober im Kolpinghaus in der schönen Altstadt von Augsburg nicht zuletzt dem Bericht der Mandatsprüfungskommission zu entnehmen. 50- bis 70-Jährige stellten unter den Delegierten den größten Anteil. Ein »grauer Block« ist auch was Schönes, auf Dauer aber sind Einfälle und Angebote gefragt.

Anerkennung jedenfalls findet die Arbeit der bayerischen VVN-BdA, ihrer Kreisverbände und der Landesorganisation, weit über ihre Verbandsgrenzen hinaus. Das zeigte die Zahl der schriftlichen und mündlichen Grußbotschaften an die Konferenz: Unter anderem vom Landesverband Bayern des Verbands Deutscher Sinti und Roma, von der Israelitischen Kultusgemeinde Schwaben-Augsburg, von der Lagergemeinschaft Dachau, von Pax Christi, von Gewerkschaften, aus der Friedensbewegung und von weiteren Organisationen und Gruppen. Aus dem parteipolitischen Spektrum wünschten Mandatsträger/-innen und Gliederungen von SPD, Grünen, Die Linke und DKP der Konferenz gutes Gelingen.

»Wir wissen Ihre wertvolle und unentbehrliche Arbeit, Ihren engagierten und couragierten Einsatz sowie Ihre nachhaltige Geschichtsaufarbeitung und Ihren unermüdlichen Kampf gegen Faschismus und gesellschaftliche Ausgrenzung jeglicher Art sehr zu schätzen«, schrieb Alexander Mazo, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Schwaben-Augsburg. Erich Schneeberger, Vorsitzender des Landesverbandes der Sinti und Roma, berichtete in seinem Schreiben vom »Feindbild Zigeuner«, das in Deutschland »hoch virulent« sei: »Gerade weil die Vorurteile gegen Sinti und Roma in allen Teilen der Bevölkerung gleichermaßen zu finden sind, müssen sich die Anstrengungen, Antiziganismus ebenso gesellschaftlich zu ächten wie den Antisemitismus, an alle gesellschaftliche Gruppen richten. Hier sind wir auch auf Ihre Unterstützung angewiesen.«

Am ersten Konferenztag nahmen die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Harald Güller und Florian Ritter, beide seit langem Mitglied unserer Organisation, persönlich teil und Ritter betonte in seinem Diskussionsbeitrag: »VVN-Mitglied zu sein, hilft mir bei meiner Arbeit im Bayerischen Landtag sehr, weil man so ständig einen guten Informationsfluss hat.« Beide Abgeordnete kritisierten die nach wie vor bestehende Diffamierung der VVN-BdA in den bayerischen Verfassungsschutzberichten. Darauf und auf die jüngst erfolgte Abweisung der Klage der VVN gegen die Nennung in diesen Berichten wurde auch in weiteren Grußschreiben kritisch Bezug genommen.

Inhaltliche Schwerpunkte, so das Ergebnis der Konferenz, werden auch in den nächsten beiden Jahren die Erinnerungsarbeit mit besonderem Blick auf die Gedenkstätten- und Vergangenheitspolitik in Bayern, die Einschätzung und Auseinandersetzung mit rechten Szenen im Land, die Forderungen »Flüchtlinge willkommen heißen« und »Verfassungsschutz raus aus den Schulen! VVN-BdA raus aus dem VS-Bericht!« und das weitere Engagement gegen Kriegspolitik und militärische Auslandseinsätze sein. Zu einigen dieser Schwerpunkte verabschiedete die Konferenz präzisierende Anträge. *Ernst Antoni*



Oben: Die VVN-BdA informierte vor dem Kolpinghaus in Augsburgs Altstadt über ihre Arbeit. Links: Rückblick und Ausblick: VVN-Landessprecherin Renate Hennecke. Beide Fotos: Antoni

Gewählt wurden:

Als gleichberechtigte Landessprecherinnen und -sprecher wurden Renate Hennecke, München, Mastaneh Ratzinger, Freising, Dr. Harald Munding, Augsburg und Günter Pierdzig, Bamberg, gewählt, als Kassiererin Edith Offner, München.

Außerdem wurden elf weitere Mitglieder in den Landesvorstand der VVN-BdA Bayern gewählt, daneben die Mitglieder der Revisions- und der Beschwerdekommission und zwei Vertreter der VVN-BdA Bayern im Bundesausschuss der Organisation.

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!
VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Nach der »LagerInventur« des Bayerischen Flüchtlingsrates

Forderungen für humane Asylpolitik

Vom 6. bis 12. Oktober hat der Bayerische Flüchtlingsrat eine »LagerInventur« im Freistaat unternommen. Fazit: »Die bayerische Unterbringungspolitik ist komplett gescheitert (...). Es ist überfällig, dass die Staatsregierung endlich handelt und eine neue, nachhaltige Asylpolitik auf den Weg bringt.« In diesem Zusammenhang fordert der Flüchtlingsrat unter anderem: »Abschaffung der bayerischen Lagerpflicht. Privates Wohnen ermöglichen«, »Notunterkünfte und marode Lager schließen«, »Mindeststandards für alle Unterkünfte«, »Sicherheitsdienste abschaffen. Betreuungs- und Verwaltungspersonal schulen«. (Ausführliches dazu unter www.fluechtlingsrat-bayern.de).

Erinnerung an eine große internationale Solidaritätsaktion der Frauen

Kinderweihnacht im KZ, Ravensbrück 1944

Im Dezember 2014 ist es 70 Jahre her, dass von Häftlingen des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück eine Weihnachtsfeier für die Lagerkinder organisiert wurde. Die Erlaubnis dazu hatten Frauen der Schreibstube der SS abgerungen. Häftlinge aus mehreren Ländern beteiligten sich mit großer Anteilnahme an der Vorbereitung. Sie bastelten kleine Geschenke, schrieben ein Stück für ein Puppentheater, fertigten Puppen, probten und schmückten die dafür vorgesehene Baracke. Der 24. Dezember 1944 war ein Sonntag. Am Nachmittag kamen viele Kinder zum Block 22, der zu diesem Zeitpunkt nicht belegt war. Plötzlich schienen die Jüngsten im Lager in einer anderen Welt zu stehen. Auf der einen Blockseite mit weißem Papier gedeckte Tische, geschmückt mit Tannenzweigen und einigen Kerzen. Selbst ein geputzter Tannenbaum stand im Raum. Die Kinder erhielten Marmeladenschnitten, etwas zu trinken und kleine Geschenke.


Zeichnung von Ceija Stojka.

Diese in einem Konzentrationslager wohl einmalige Weihnachtsfeier war die größte gemeinsame Solidaritätsaktion der in Ravensbrück weggesperrten Frauen.
Zu Beginn der Feier hielt der Schutzhaftlagerführer eine Ansprache. Der für viele Verbrechen im Lager verantwortliche SS-Mann ermahnte die Kinder, gute »Volksgenossen« zu werden, dann könnten sie das nächste Fest zu Hause feiern. Darauf verließ er den Raum. Auf der anderen Seite der Baracke war ein Kasperletheater aufgebaut. In dem Stück »Es war einmal ein Drache«, besiegte – unter dem Jubel der Kinder – der Kasper mit seinen Freunden den Drachen und befreite die verzauberte Prinzessin. Danach gingen die Kinder in ihre Baracken zurück, und es fand wieder Zählappell statt.
In den kommenden Monaten wurden viele Kinder auf Transporte nach Bergen-Belsen und Mauthausen geschickt. Vermutlich wurden einige der Kinder in der Gaskammer von Ravensbrück ermordet. In den Tagen der Befreiung gab es nur noch weniger als 100 von ehemals 400 Kindern im Lager. Einige konnten später darüber erzählen. An der Vorbereitung beteiligte Frauen aus mehreren Ländern haben in ihren schriftlich festgehaltenen Erinnerungen über dieses bewegende Fest für die Kinder berichtet.
Nach Gesprächen mit Frauen aus Ravensbrück hat der Kinderbuchautor Bodo Schulenburg 1986 das Kinderbuch »Es war einmal ein Drache« mit Zeichnungen von Leo Haas veröffentlicht. Einige Exemplare sind noch antiquarisch über das Internet zu erwerben. Diese besondere Geschichte über Kindheit im Konzentrationslager, um Verzweiflung, Lebensmut und Zukunft diente als literarische Vorlage für »Tandera«, ein Theater mit Figuren aus Mecklenburg/Vorpommern. Seit vielen Jahren gehört diese Inszenierung zum festen Repertoire von »Tandera«. Gespielt wird mit verschiedenen Formen des Figurentheaters an Schulen oder auch in öffentlichen Veranstaltungen.
Wir freuen uns, dass das Ensemble ihr Stück – 70 Jahre nach der Weihnachtsfeier – am 13. Dezember 2014 in Berlin aufführt. Nach dem Theaterstück berichtet die 90-jährige Überlebende des KZ Ravensbrück, Elisabeth Jäger – sie hatte die Feier mit vorbereitet und gestaltet – über diese ungewöhnliche Weihnachtsgeschichte. Musikalisch wird der Nachmittag von Constanze Jaiser und Jacob David Pampuch begleitet. ***Hans Coppi und Bärbel Schindler-Saefkow***

13. Dezember 2014 um 16 Uhr im Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112/ Ecke Dönhoffstraße, direkt am S-Bahnhof Karlshorst.

Anmeldungen bitte bei der Geschäftsstelle der Berliner VVN-BdA per Email berlin@vvn-bda.de, per Telefon: 29 78 41 78 oder postalisch: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Antifa – Jour fixe
Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz



Montag, 17. November 2014, 18.30 Uhr »Der Judenkönig«: Zum 100. Geburtstag von Kurt Julius Goldstein. Hans Coppi im Gespräch mit André Goldstein. Jude, Kommunist, Spanienkämpfer, Überlebender von Auschwitz, Ehrenvorsitzender des Internationalen Auschwitz Komitees und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten: Über ihn gibt es vieles zu erzählen. »Der unvergesslich rheinisch gefärbte Klang seiner kräftigen Stimme ließ aufhorchen. Die Zuhörerinnen und Zuhörer erlebten einen Zeugen des 20. Jahrhunderts mit einer ungewöhnlichen Ausstrahlung. Er wollte nicht als Legende verehrt, sondern als Mitstreiter einbezogen werden. Manchmal spürte ich, wenn er über seine Freunde sprach, die unter Spaniens Himmel gefallen oder von den Nazis ermordet worden waren, die Last der Niederlagen und des eigenen Überlebens.« (Hans Coppi)

Montag, 15. Dezember 2014, 18.30 Uhr Umstritten – bewundert – verfemt – ermordet: Carl von Ossietzky zum 125. Geburtstag. Eckart Spoo spricht über Leben und Werk. Gina Pietsch liest Texte. Klein und bescheiden steht er in Pankow auf einem Rasenstück an der Ossietzystraße, der Mann, der 1936 als grausam geschundener KZ-Häftling Friedensnobelpreisträger wurde. Schon 1921 und seitdem immer wieder hatte er klarsichtig vor Hitler und dessen Hintermännern gewarnt. Sein Denken, Schreiben, Handeln kann uns helfen, Klarheit über die Weimarer Republik zu gewinnen – aber auch über das heutige Deutschland, meint Eckart Spoo, seit 1997 Mitherausgeber der Zweiwochenschrift »Ossietzky«. Vorher 36 Jahre Redakteur der »Frankfurter Rundschau«. Herausgeber zahlreicher Bücher, darunter »Die Tabus der bundesdeutschen Presse«, »Tabus der bundesdeutschen Geschichte«, »Unser Faschismus nebenan – Erfahrungen bei NATO-Partnern« (mit Günter Wallraff), »Wie weiter? Plädoyers für eine sozialistische Bundesrepublik«.

Bezirksmedaille Friedrichshain-Kreuzberg für »ein Leben im Dienst der Gerechtigkeit«

Auszeichnung für Kurt Gutmann

Die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt von Friedrichshain-Kreuzberg haben Kurt Gutmann für seine herausragenden Verdienste um das Gemeinwohl mit der Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksmedaille geehrt. Die Medaillen-Verleihung fand am 25. September im feierlichen Rahmen in Friedrichshain statt. Mit Kurt Gutmann wurde ein Mann ausgezeichnet, dessen Lebenswerk man mit folgendem Motto überschreiben kann: Ein Leben im Dienst für die Gerechtigkeit.



Kurt Gutmann erhielt die Bürgermedaille aus den Händen von Kristine Jaath, Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg. Foto: Susanne Hilmer/BA Friedrichshain-Kreuzberg

Interessenvertreter bis heute

1927 in Krefeld geboren, ist er die längste Zeit seines Lebens Spree-Athener und davon bald ein halbes Jahrhundert lang Friedrichshainer. Dort engagiert er sich seit vielen Jahren in der Volkssolidarität, hat 1990 den Bund der Antifaschisten in den neuen Bundesländern mitbegründet, war, ebenfalls seit 1990, Vorsitzender des Friedrichshainer BdA und später dann für Friedrichshain-Kreuzberg-Mitte der Vorsitzende der VVN-BdA. Er ist außerdem Vorsitzender des »Verbands Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition und der Bewegung Freies Deutschland«, darüber hinaus Mitglied der bezirklichen Gedenktafel-Kommission und – last but not least – langjähriges verdientes Mitglied der Friedrichshain-Kreuzberger Seniorenvertretung, wo er sich selbst im hohen Alter noch immer aktiv einmischt und vieles insbesondere für die ältere Bevölkerung bewirkt und bewegt.

Zeitzeuge der Shoa

Als Überlebender des Nationalsozialismus hat er Verantwortung übernommen für eine Vergangenheit, die das finsterste Kapitel in der deutschen Geschichte beschreibt; an die er selbst seine Kindheit verloren hat, und an die er Mutter und Bruder verloren hat, die beide Opfer der Shoa wurden.

An diese Vergangenheit erinnert er seit vielen Jahren – an seine ermordete Familie und die anderen Millionen Opfer der Shoa. Er spricht aktiv darüber vor allem mit jungen Menschen, erzählt immer wieder seine Geschichte und erinnert damit daran, was passieren kann, wenn sich Hass und dumpfe Gewalt Bahn brechen und an die Stelle von Menschlichkeit treten.

Gerettet nach England

Kurt Gutmann wird 1927 als jüngster von drei Brüdern geboren. Der Vater verstirbt früh, man zieht von Krefeld ins Haus der Großmutter nach Mühlheim um, und Mutter Jeanette bringt die Jungen mit schmaler Witwenrente und Heimatarbeit durch. Als jüdisches Kind ist Kurt in der Schule dem täglichen antisemitischen Terror ausgesetzt. Angst vor dem braunen Mob wird zum ständigen Lebensbegleiter.

Im Jahr nach der nationalsozialistischen Machtergreifung kann der mittlere Bruder mit Hilfe der jüdischen Gemeinde in einem Waisenhaus in Schottland untergebracht werden. Fünf Jahre später, 1939, folgt der kleine Kurt mit dem letzten Kindertransport, den internationale jüdische Organisationen und englische Quäker bei der britischen Regierung noch durchsetzen können. Als 12-Jähriger sieht er seine Mutter und seinen ältesten Bruder Hans auf dem Mühlheimer Bahnhof das letzte Mal.

In Schottland nimmt er, nach Abschluss der 10. Klasse, Arbeit in einem Glasgower Rüstungsbetrieb auf, um etwas gegen die Nazis zu tun. Dort trifft er auf andere deutsche Flüchtlinge, findet im Flüchtlingsclub Anschluss an eine gerade gegründete FDJ-Gruppe. Im August 1944, mit 17 ½, meldet er sich freiwillig zur britischen Armee. Den Sieg über Hitlerdeutschland zu beschleunigen, um Mutter und Bruder wiederzufinden, ist seine Hoffnung. Fortan gehört er dem 5. Schottischen Hochlandbataillon an. Allerdings ist der Krieg vorbei, als seine militärische Ausbildung gerade beendet ist.

Suche nach den Angehörigen

Kurt Gutmann kehrt als britischer Soldat nach Deutschland zurück, arbeitet als Dolmetscher in Kriegsgefangenenlagern und muss schließlich erfahren, dass von dem Transport, der Mutter und Bruder in ein Getto nach Ostpolen deportierte, niemand mehr zurückgekommen ist.

Lange Zeit nimmt er an, dass seine Lieben in Auschwitz umgekommen sind. Und erst 50 Jahre später, 1996, erfährt er, wie es sich tatsächlich zugetragen hat: dass Mutter und Bruder 1942 nach Izbica in der Nähe von Lublin deportiert worden sind und von dort weiter ins Vernichtungslager Sobibór, wo sie 1943 ermordet wurden.

Kurt Gutmann zieht zu Freunden nach Berlin, arbeitet als Dolmetscher und als Journalist. Die DDR wird sein unverbrüchliches Heimatland, fest gegründet auf einem antifaschistischen Fundament.

Handeln für »ein Stück Gerechtigkeit«

2009, im Alter von 82 Jahren, wird er Nebenkläger im Demjanjuk-Prozess vor dem Münchner Landgericht. Dieser wohl letzte große NS-Kriegsverbrecherprozess bedeutet für ihn, wie er damals gesagt hat, »ein Stück Gerechtigkeit für die Opfer«. Und weiter: »Jetzt zu erleben, dass dieses entsetzliche Unrecht auch als solches behandelt wird, ist schon eine Art Befreiung. Am Wichtigsten ist aber für mich, dass junge Menschen, für die das ja weit entfernte Geschichte ist, auf diese Weise etwas über das erfahren, was unser ganzes Leben überschattet hat.«

Zweimal reist er mit Jugendlichen der Friedrichshainer Antifa nach Izbica in das ehemalige Getto und nach Sobibór, wo sechs Jahrzehnte vorher über 250.000 Menschen in den Gastod getrieben worden sind.

»Mensch sein heißt verantwortlich sein«, hat Antoine de Saint-Exupéry einmal geschrieben. Kurt Gutmann hat Verantwortung übernommen und sich sein ganzes Leben lang für die Menschen eingesetzt und dafür, dass die Welt ein bisschen besser wird. Immer eingedenk der unfassbaren Verbrechen des Naziregimes, des eigenen furchtbaren Verlustes und seines Schicksals als Flüchtlingskind, widmet er bis heute sein Leben der Aufklärung und der Erinnerung – im Rückblick auf das Vergangene, mit Engagement und Tätigkeit in der Gegenwart und, bei allem Leid, einem doch stets hoffnungsvollen Blick in die Zukunft.

Kristine Jaath, Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030 / 29 78 41 78, Fax: 030 / 29 78 43 78, Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

Breites Bündnis im Widerstand gegen alle Schlussstrich-Bestrebungen

Fest der Befreiung 2015

Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinig Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, Haspa,
IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183
BIC: HASPDEHHXXX

Lang hat es gedauert, bis 1985 Richard von Weizsäcker als erster Bundespräsident vom »Tag der Befreiung« sprach; 40 Jahre lang war die öffentliche Wahrnehmung von Niederlage und Kapitulation des Nazi-Regimes geprägt – die »Volksgenossen« aus Nazis, Sympathisanten und »Mitläufern« bestimmten das Bewusstsein in der BRD noch jahrzehntelang mit.

Für die überlebenden Opfer und Widerstandskämpfer/-innen, die 1947 die VVN gründeten, hat der 8. Mai 1945 das Ende des Terrors, der Angst, der Todesgefahr markiert, den sie als »Morgenröte der Menschheit« erlebten. Sie haben uns immer wieder vor Augen geführt, wie groß das Glück, die Erleichterung und die Freude über die Befreiung war, selbst angesichts von Trauer und Entsetzen über nie für möglich gehaltene Gräuel und die Ermordung von Millionen. Heute sitzen wieder Neonazis in Parlamenten, zeigen Präsenz im Alltag vieler Städte und Gemeinden, hetzen gegen Minderheiten und alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Ein »Nationalsozialistischer Untergrund« hat zehn Menschen umgebracht und Bombenanschläge verübt.

Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und andere menschenfeindliche Einstellungen aller Art sind weit verbreitet. Eine neue rechtspopulistische Partei schickt sich an, auf diesem Boden zu gedeihen.

Die nachgeborenen Generationen, die ein Leben in relativ großer Freiheit und materieller Sicherheit führen können, verdanken dies zuerst der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Herrschaft. Wir wollen diese Befreiung feiern und zur Sensibilisierung beitragen, dass die Errungenschaften, die damit verbunden sind – die Garantie der Menschen- und Bürgerrechte, die im Grundgesetz festgeschrieben sind – ein hohes Gut darstellen, das gegen alle Angriffe verteidigt werden muss.

Wir haben also viele Gründe für ein Fest der Befreiung, mit dem wir am 9. Mai 2015 ein Zeichen setzen wollen. Vor 70 Jahren wurden nicht nur die Überlebenden des Nazi-Terrors befreit, sondern die ganze Gesellschaft.

Dafür organisieren wir in Hamburg ein großes Fest in den Hamburger Wallanlagen. Zugegeben, die Berliner VVN-BdA ist uns ein anspornendes Vorbild dafür. Wir haben ein breites Spektrum von Bündnispartnern und -partnerinnen eingeladen, mit denen wir seit Mitte September gemeinsam das konkrete Programm vorbereiten und später veranstalten.

Unsere erste Einschätzung: Eine solche Feier ist eine wirkliche Herausforderung. Ein Fest der Befreiung im Jahr 2015, das heißt aber auch nicht mehr und nicht weniger als Widerstand gegen alle Schlussstrich-Bestrebungen und gemeinsamer Kampf für Frieden und Menschlichkeit.

GLV der VVN-BdA Hamburg

Hamburger VVN-BdA Termine

7.-16. November: 3. Woche des Gedenkens Bergedorf

Freitag, 7. November, 19.30 Uhr
Podiumsdiskussion »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen«. Zum Umgang mit alten und neuen Nazis in der BRD, Syrien (Brunner), Bolivien (Barbie) und Argentinien - Neofaschismus und Rechtspopulismus in Europa. mit Beate Klarsfeld, deutsch-französische Journalistin, Engagement bei der Aufklärung und Verfolgung von NS-Verbrechen, und Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), VVN-BdA.
Ort: KulturForum Serrahn e. V., Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg

Sonntag, 9. November, 13.00 Uhr
Stadtgang »Jüdisches Leben im Grindelviertel.
Veranstalterin: Mechadasch Hamburg (Gedenk- u. Bildungsstätte Israelitische Töchterschule und Arie-Goral-Sternheim-Gesellschaft e. V.). Treffpunkt: Ehemalige Talmud-Tora-Schule, Grindelhof 30, Hamburg. Anmeldung erbeten: Tel.: (040) 428 41 14 93

Sonntag, 9. November, 15.30 Uhr
Mahnwache »Erinnerung und Mahnung« anlässlich des 76. Jahrestags der Reichspogromnacht.
Veranstalter: VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Universität Hamburg
Ort: Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), 20146 Hamburg
An diesem Ort wurde im faschistischen Deutschland am 9. November 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet. Es sprechen: Bernhard Effertz, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Hamburg, Hans Hirschfeld, Zeitzeuge (Familienangehöriger des am 9. November 1938 verwüsteten Modehauses Hirschfeld, er selbst wurde anlässlich des Pogroms verhaftet), Rabbiner Shlomo Bistritzky (das jüdische Gedenkgebet »El male rachamim«), Marianne Wilke, Zeitzeugin aus Hamburg, Christiane Chodinski, VVN-BdA (Text von Beate Klarsfeld), Berthold Bose, Landesleiter ver.di Landesbezirk Hamburg, Prof. Dr. Susanne Rohr, Universität Hamburg, Vertreterin des AStA der Universität Hamburg.



Quelle: Arie Goral-Sternheim »Im Schatten der Synagoge«

Moderation: Traute Springer-Yakar, VVN-BdA Hamburg.
Im Anschluss an die Mahnwache illuminiert die Anwohner-Initiative »Grindel leuchtet« die Stolpersteine in den Straßen des Viertels.

Mittwoch, 12. November, 19.30 Uhr
Lesung und Gespräch »Widerständiges Frauenleben: Sophie Schoop, Gerda Ahrens, Lina Knappe – eine Jüdin, eine Sozialdemokratin, eine Kommunistin.« (Woche des Gedenkens Bergedorf)
Es wird an drei Hamburgerinnen erinnert, die eins gemeinsam hatten – ihren Mut zur Menschlichkeit und den Willen, sich der Unmenschlichkeit des Naziregimes nicht zu beugen.
Ort: Gemeindesaal Petri und Pauli, Bergedorfer Schlossstraße 7, 21029 Hamburg

Sonnabend, 15. November, 13.00 Uhr
»Wer sind die Personen, nach denen unsere Straßen heißen?« (Woche des Gedenkens Bergedorf)
Stadtteilrundgang in Neu-Allermöhe West. Veranstalterin: VVN-BdA Bergedorf.
Treffpunkt: S-Bahnhof Allermöhe

Donnerstag, 4. Dezember, 17.00 Uhr
Gedenkfeier für Billstedter Widerstandskämpfer.
»Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart«. Mit diesen Worten Richard von Weizsäckers erinnert die VVN-BdA Hamburg-Mitte an Widerstandskämpferinnen und -kämpfer aus Billstedt, die im Kampf gegen den Hitler-Faschismus ihr Leben ließen.
Ort: Gedenkstein vor dem Kundenzentrum Billstedt (ehemaliges Ortsamt), Öjendorfer Weg 9, 22119 Hamburg

Ideen für spannende antifaschistische Arbeit

Hamburger Verhältnisse

Glaubt man den Medien, so ist in Bayern und Baden-Württemberg die Gelehrsamkeit, in Berlin der politische Verstand und in NRW die Kreativität beheimatet.



Veranstaltung »Widerständiges Frauenleben«, v.l.n.r.: Traute Spring-Yakar, Katharina Jacob, Ilse Jacob, Christiane Chodinski Foto: chodinski

Wir Hamburgerinnen und Hamburger finden aber, dass unser Nordlicht überhaupt nicht unter den Scheffel gehört, zumindest, soweit es die Arbeit unserer Landesorganisation betrifft. Wir hatten im Laufe der Jahre nämlich ein paar Geistesblitze, die unsere politische Arbeit gleichzeitig erleichtern und spannender machen.

Als erstes wäre da unser jährlicher Spendenaufruf zum Jahresende. Zwei Frauen aus unserem Landesvorstand, die im Laufe der letzten Jahrzehnte die finanzielle Grundlage für die vielfältigsten Projekte und Vereine erschnorrt haben, schmeißen ihre Erfahrung zusammen und verfassen unter Turbulenzen einen Text, der aus einer kurzen politischen Einschätzung, einem Rückblick auf unsere Projekte in Laufe des vergangenen und einem Überblick über die Pläne für das kommende Jahr besteht, Textlänge maximal 1,5 Seiten. Den stellen sie in der Landesvorstandssitzung im Oktober vor. Die Landesvorstands-Mitglieder sind meist gebührend beeindruckt und empfehlen filigrane Änderungen. In geselliger Freiwilligenrunde wird der Spendenaufruf Ende Oktober verpackt und zusammen mit den aktuellen Infoblättern an alle Mitglieder und Sympathisanten/Sympathisantinnen verschickt. Das Spendenergebnis ist schlimmstenfalls befriedigend, meistens überrascht es uns positiv. In jedem zweiten Jahr kriegt der Bund einen Happen ab.

Unser nächstes Vorzeigeprojekt ist unsere regelmäßige Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, die jedes Jahr am 8. März im Kulturpalast Hamburg-Billstedt stattfindet. Seit 2006 widmen wir diese Veranstaltung in jedem Jahr einer anderen Hamburger Widerstandskämpferin. Dabei kommen uns die Veröffentlichungen und Recherchen unserer unvergessenen Ursel Hochmuth zugute, sowie ihr riesiges Archiv, das jetzt im Besitz ihrer Schwester Ilse Jacob ist, die auch das Skript für die Veranstaltungen verfasst. Die Form der Veranstaltung ist eine Lesung aus dem Leben der jeweiligen Protagonistin mit Diashow über einen Videobeamer. In diesem Jahr hatten wir den Hamburger Frauenwiderstand innerhalb der Bästlein/Jacob/Abshagen-Gruppe insgesamt als Thema, Titel »Widerständiges Frauenleben«. Wir waren wirklich überrascht, wie viele Frauen dazu gehörten. Als »Aufhänger« wählten wir drei prominente Widerstandskämpferinnen, die nach dem anlässlich des sogenannten Hamburger Feuersturms erteilten Hafturlaub nicht ins Gefängnis zurückkehrten. Sie und ihre 17 Unterstützerinnen wurden von uns in Form von Biogrammen und Originalzitaten dargestellt. Die Veranstaltung ist so erfolgreich, dass wir sie meist mehrmals auf Anfrage befreundeter Organisationen zu anderen Anlässen wiederholen dürfen.

Eine Hamburger Institution ist inzwischen unsere Filmreihe »Täter – Opfer – Widerstand«, die wir seit ungefähr zehn Jahren gemeinsam mit dem Kommunalen Kino Metropolis im Monatsrhythmus veranstalten. Aus Internet-Recherchen, den Erfahrungen der Metropolis-Leute und Tipps vieler Freunde, denen ein Film aus dem Themenkreis Widerstand und Verfolgung aufgefallen ist, wird das Programm gestaltet. Inzwischen fragen ab und zu sogar Regisseure an, ob wir ihre Filme zeigen wollen. Aus bescheidenen Anfängen von ca. einem Dutzend Zuschauern pro Vorstellung sind wir inzwischen beinahe eines der Highlights des Metropolis, das als Kommunales Kino sogar für zwei Zuschauer spielt und über unsere durchschnittliche Zuschauerzahl von 30 bis 50 Zuschauern sehr glücklich ist.

Eine weitere wichtige Veranstaltungsreihe ist das Ohlsdorfer Friedensfest, das seit ca. fünf Jahren jedes Jahr im Juli/August stattfindet. Es findet auf dem Gelände des Ohlsdorfer Friedhofs statt und entstand aus der Notwendigkeit, faschistischen Organisationen die Möglichkeit zu Aktionen an den Bombengräberfeldern zu nehmen, die sie jährlich zu den Jahrestagen der Bombenangriffe im Sommer 1943 zu machen versuchten. Das Ohlsdorfer Friedensfest wird von einem Bündnis aus vielen befreundeten, bezüglich des Anliegens/Themas gleichgesinnten Organisationen veranstaltet; wichtig ist, dass auch die Pressestelle der Friedhofsverwaltung im Bündnis mitarbeitet.

Das war's, was mir zu »Hamburger Verhältnissen« so einfällt. Kaum zu glauben, dass so was anderswo nicht gehen soll. Versucht es einfach. Dies sollen auch nur Anregungen sein, mit denen Ihr kreativ spielen könnt. Und Ihr könntet an dem Ergebnis aus Euren Spendenaufrufen genau wie wir die Bundeskasse beteiligen. Außer im nächsten Jahr – für 2015 haben wir in Hamburg ein Bündnis für ein großes Befreiungsfest zum 8. Mai einberufen. Und diese Idee haben wir wiederum aus Berlin abgekupfert, vielen Dank für die Anregung. Aber die Arbeit daran schluckt 2015 jeden gespendeten Cent.

Hans-Frankenthal-Preis vergeben

Am 16. Oktober vergab die Stiftung Auschwitz-Komitee in einer Feierstunde in der Hamburger Universität den diesjährigen Hans-Frankenthal-Preis. Der mit 3.000 Euro dotierte Preis ging zu gleichen Teilen an drei Organisationen. Einmal ist es die Vereinigung der Okkupationsopfer 1941-1945 aus Slowenien. Betroffen sind NS-Opfer, die bisher nicht von Deutschland entschädigt wurden. Ebenfalls 1.000 Euro bekamen die Infogruppe Rosenheim und das Bündnis Rabatz – autonome Vernetzung Oberbayern/Salzburg/Tirol für ihr Engagement gegen geschichtsrevisionistische Bestrebungen in Oberbayern, insbesondere gegen die »Traditionspflege« der Bundeswehr-Gebirgsjäger in Bad Reichenhall. Die dritte Gruppe nennt sich »NSU-watch«. Sie bekam den Preis für ihre Recherchen zum NSU-Prozess.

Hans Frankenthal wurde als Jude 1943 nach Auschwitz deportiert, überlebte aber das Lager. Lange Zeit versuchte er, seine Erlebnisse zu verdrängen. Erst in den 1980er-Jahren engagierte er sich im Auschwitz-Komitee. Regelmäßig besuchte er die Aktionärsversammlungen der IG-Farben-Nachfolger und warb dort für die Entschädigung der Zwangsarbeiter des IG Farben-Konzerns, was jedesmal zu tumultartigen Szenen führte.



Hans-Joachim Meyer

Footballspäler ünner Nazi-Verdacht

Dat güng üm de Drüdde Herren vun'n Vereen SC Osterbek in Bramfeld. Welk Spälers süngen de eerste Stroph vun't Düütschlandleed un dreugen Nazi-Tattoos un ok Szene-Kledoosch. Ok mit Klop-pereen sünd se upfullen. Bekannt mookt hett dat de Vereen SC Sternschanze. In een Open Breef hebbt se dat aflehnt, gegen düssen Vereen to spälen. Dat Spill wörr nich bloots afbloost, de Vereen SC Osterbek smeet fief Kanuten ut de Mannschop un ut'n Vereen rut. De Vörsitter sä: Rechtsradikale Spälers hebbt bi uns nix verloren.

hjm



Porträts von Antifaschisten

Besonders eindrucksvoll gestaltete Porträtbilder mit Text-Biografien von Widerstandskämpfern und -kämpferinnen aus dem Rhein-Main-Gebiet sind noch bis zum 16. November im ehemaligen Frankfurter Polizeigefängnis Klapperfeldstraße 5 zu sehen. Sie sind neu zusammengestellt aus dem inzwischen erweiterten Ausstellungsprojekt »Trotz alledem« von Thilo Weckmüller (Linoldrucke) und Mathias Meyers (Texte). Geöffnet ist die Ausstellung dienstags von 17-20 Uhr, samstags und sonntags von 15-18 Uhr.

Der Rabbi von Bacharach

Für Sonntag, den 16. November, um 14.30 Uhr, lädt die Frankfurter VVN-BdA alle Mitglieder, Freundinnen und Freunde der VVN-BdA sowie Interessierte zum Beisammensein im AWO-Nordend-Zentrum Eckenheimer Landstr. 93 ein. Dabei wird Uschi Dossier vom Sprecher/-innen-Kreis aus »Der Rabbi von Bacharach« von Heinrich Heine vorlesen.

Gelungener Auftakt - Fortsetzung am 1. Dezember

Neue Reihe: antifa-Erzählcafé

Die Frankfurter VVN startete im Oktober ihre neue Veranstaltungsreihe »antifa-Erzählcafé«. In lockerer Folge sollen damit an verschiedenen Veranstaltungsorten Berichte, Erzählungen und Lesungen über Personen und Ereignisse aus antifaschistischer Vergangenheit und Gegenwart zu Gehör gebracht werden.

Den Auftakt gab am 16. Oktober ein gut besuchter Abend im »Café Wiesengrund«, einer kultur- und gesellschaftspolitischen Begegnungsstätte im Frankfurter Stadtteil Bockenheim.

Angelika Rieber, die sich bereits seit langem mit lokaler jüdischer Geschichte und insbesondere mit den Lebenswegen von Menschen jüdischer Herkunft befasst, erzählte von ihrer Begegnung mit Liesel Edwards, der Schwester des Frankfurter Kommunisten Emil Carlebach. Sie musste Frankfurt 1939 als 14-Jährige verlassen, um dem faschistischen Terror zu entgehen.



v.l. Lena Sarah Carlebach, Angelika Rieber und Moderatorin Anne Kahn.

Riebers Erzählungen, die ein kenntnisreiches Bild von der heute 90-jährigen Frau vermittelten, erhielten mit der Wiedergabe von Tonbandausschnitten aus Zeitzeugen-Gesprächen, die Liesel Edwards mit Jugendlichen geführt hatte, einen authentischen Background.

Schließlich ergänzte die Enkelin, Lena Sarah Carlebach, das Ganze mit ihren persönlichen Eindrücken und Erfahrungen mit der Schwester ihres Großvaters (siehe auch den auf der nächsten Seite veröffentlichten Bericht von Lena Carlebach über den Emil-Carlebach-Club).

Der Abend, moderiert von Anne Kahn, einer der Initiatorinnen der neuen Veranstaltungsreihe, gab nicht nur allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen informativen Einblick in das Schicksal einer Frankfurter jüdischen Familie – er war zugleich ein gelungener Auftakt der neuen Veranstaltungsreihe. Sie geht nunmehr weiter am 1. Dezember mit einer Lesung aus der Autobiographie von Ernesto Kroch »Heimat im Exil – Exil in der Heimat«.

Ernesto Kroch, 1917 in Breslau geboren, war jüdischer Kommunist, uruguayisch-deutscher Widerstandskämpfer, engagierter Gewerkschafter und Schriftsteller. Bereits in jungen Jahren engagierte er sich in der jüdischen Jugendbewegung, danach in der kommunistischen Bewegung. 1934 wurde er von der Gestapo verhaftet, was zu Gefängnis- und KZ-Haft führte. 1938 konnte er nach Uruguay fliehen. Auch dort engagierte er sich gesellschafts-, gewerkschafts- und kulturpolitisch. Als ab 1973 eine Militärdiktatur herrschte, drohte ihm erneut Verfolgung. Aus der »Heimat im Exil«, wie er Uruguay nannte, floh er nunmehr ins »Exil in der Heimat«, nach Deutschland. Mitte der achtziger Jahre konnte er wieder nach Montevideo zurückkehren. Daraufhin lebte er dort und in Frankfurt am Main, wo er 95-jährig im März 2012 starb. Engagiert blieb er in beiden Ländern bis zu seinem Tode.

Die Lesung findet im Henry und Emma Budge-Heim, einer jüdischen Einrichtung in Frankfurt-Seckbach (Wilhelmshöher Str. 279), statt. Es liest Ursula Dossier; dabei sein wird auch die Witwe, Eva Weil-Kroch. Beginn um 19 Uhr.

pcw

Aus dem gewollten Vergessen herausgeholt

Erinnerung an Georg Fröba

Am 6. September 1944 verhandelte der Volkgerichtshof in Darmstadt gegen Georg Fröba und vier seiner Mitstreiter. Sie waren wegen des versuchten Aufbaus einer kommunistischen Organisation in Darmstadt angeklagt – nach Nazi-Recht ein »hochverräterisches Unternehmen«. Vier Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen, Fröba jedoch als »unverbesserlicher Staatsfeind« zum Tode verurteilt und am 27. Oktober 1944 in Frankfurt/Main hingerichtet.

Der gelernte Schneidermeister – 1896 geboren, 1920 Mitgründer der Darmstädter KPD, bald deren Vorsitzender und Leiter des Unterbezirks, Funktionär der Textilgewerkschaft – war bis 1933 Stadtratsmitglied. Nach dem Machtantritt der Nazis wurde er wie viele Antifaschisten Hessens im KZ Osthofen inhaftiert und noch 1933 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt. 1935 wieder frei, organisierte er ein bis Anfang 1943 funktionierendes Widerstandsnetz, das aus kleinen Wohngebiets- und Betriebsgruppen bestand, bis ein Gestapo-Spitzel das Ende brachte.

Die nach der Befreiung 1945 zunächst selbstverständliche öffentliche Ehrung der Opfer des Naziregimes in Hessen und Darmstadt galt auch Georg Fröba. Seine Asche wurde 1947 auf dem Alten Friedhof feierlich bestattet, eine kleine Anlage nach ihm benannt. Wenige Jahre später jedoch folgte auch der Darmstädter Magistrat dem politisch herrschenden Antikommunismus und ließ 1962 den Namen dieser Anlage umbenennen. Fröbas Name verschwand aus der öffentlichen Erinnerung, auch wenn seit Anfang der 1990er-Jahre in der Darmstädter Heimstättensiedlung ein kleiner Fröbaweg existiert. Wenigstens dort, weitab vom Stadtzentrum und von einer der Darmstädter Verkehrsachsen namens Hindenburgstraße, erinnern einige Straßennamen auch an Opfer des Naziregimes.

Das offizielle Darmstadt wollte vom ermordeten Widerstandskämpfer Fröba lange nichts wissen. Dies begann sich am 20. Juli dieses Jahres zu ändern, als der »grüne« Oberbürgermeister Darmstadts, Jochen Partsch, neben den Sozialdemokraten um Wilhelm Leuschner auch den Kommunisten Fröba würdigte.

Am 27. Oktober 2014, dem 70. Todestag Fröbas, legte er für die Wissenschaftsstadt Darmstadt an dessen Grabstätte einen Kranz nieder. Das politisch gewollte Vergessen scheint zwar beendet, aber die Wirkung jahrzehntelangen Verschweigens ist nicht ungeschehen zu machen. Dennoch ehrt es die Wissenschaftsstadt Darmstadt, dass sie den Namen des Antifaschisten Fröba aus dem öffentlichen Vergessen geholt hat und ihm die Ehre zukommen lässt, die ihm nicht nur aus Anlass seines 70. Todestages gebührt.

Christoph Jetter

Der Emil Carlebach Club – oder

Wie gedenkt man am besten?

Ich war fünfzehn, sechzehn Jahre alt, als ich mit meiner Mutter unsere (Groß-)Tante Liesel besuchte. Sie lebt seit 35 Jahren in den USA, Kalifornien. Wir machten gemeinsam mit ihr eine Schiffsreise. Zuvor hatte ich mir ein kleines Aufnahmegerät gekauft. Ich wollte unbedingt ein »Zeitzeugengespräch« mit Liesel führen. Also hockten wir uns auf die weißen Plastikstühle in ihrer Kabine, und sie begann zu erzählen: Von ihrer Kindheit in Frankfurt, von ihrer Schulzeit, der Familie – davon, wie sie als junges Mädchen mit einem Kindertransport nach England kam und so Faschismus und Krieg überlebte.

Sie erzählte mir auch von ihrem Bruder, meinem Großvater. Er sei es gewesen, der dafür gesorgt hatte, dass sie fliehen konnte. Als der gemeinsame Vater Moritz Carlebach im November 1938 in das KZ Buchenwald verschleppt wurde, gelang es meinem Großvater, ebenfalls in Buchenwald inhaftiert, sich dort mit ihm zu unterhalten. »Schaff' das Kind hier raus«, hatte er ihm gesagt, und so wenig Verständnis Vater Moritz auch für einen Kommunisten übrig hatte – diese Worte sollte er verinnerlichen: Im März 1939 wurde Liesel Edwards, geborene Carlebach, von ihrer Mutter zum Frankfurter Hauptbahnhof gebracht und in einen Zug gesetzt, der sie nach England brachte.

Trotz dieser Geschichte war Liesel nicht mit ihrem Bruder im Reinen. Hätte er keinen Widerstand geleistet, so argumentierte sie, wäre er nicht ins KZ gekommen, und dann hätte ihre Mutter Sophie nicht so lange in der Wohnung im Frankfurter Nordend ausgeharrt. Den Sohn wollte sie nicht zurücklassen. Regelmäßig schickte sie ihm Briefe und etwas Geld, ersuchte um seine Freilassung und gab die Hoffnung nicht auf.

Am 8. Mai 1942 wurde Sophie Carlebach, geborene Runkel, von den Nazis nach Polen verschleppt. Weder Liesel noch Emil hörten je wieder etwas von ihrer Mutter.

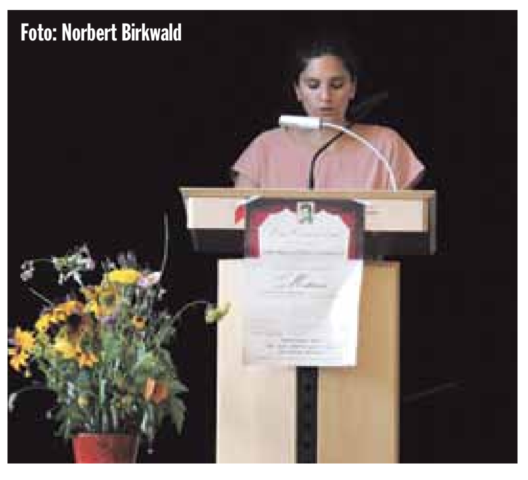
Auch wenn Liesel sehr gefasst wirkte, die Verbitterung war ihr deutlich anzumerken.

Schon damals, erinnere ich mich heute, machte sich das unbehagliche Gefühl in mir breit, trotz logischer Argumente keine Überzeugungsarbeit leisten zu können. Sie hatte sich zu Lebzeiten meines Großvaters nicht gut mit ihm verstanden und konnte auch jetzt keinen Frieden mit ihm schließen.

Sie sollte nicht die Einzige sein. Es gab zwar oft auch positive Erlebnisse, die mit dem Nachnamen, den wir alle teilen, zusammenhingen, doch gerade zu Beginn meiner Auseinandersetzung mit der Geschichte Emil Carlebachs sah ich mich immer wieder mit Anschuldigungen konfrontiert, die ich als unfair oder einfach als falsch empfand.

Als sich nun im vergangenen Jahr der 100. Geburtstag meines Großvaters näherte, war meine Intention klar: Etwas musste vorbereitet und veranstaltet werden, das dem Menschen Emil Carlebach gerecht wird – Emil als Vater, als KZ-Häftling, als Journalist, als Kommunist, Emil als Jude, als Bruder, als Verfolgter, als Kämpfer, als Großvater. Nur so ist es möglich, ein umfassendes Bild seines Lebens zu bekommen.

Im Herbst 2013 traf sich dafür erstmals eine Gruppe von Menschen, die Emil in eben diesen Funktionen begleitet hatten; als Kollegen/Kolleginnen, als Freunde oder Freundinnen, als Mitglied der Familie. Der Emil-Carlebach-Club war gegründet.



Lena Sarah Carlebach anlässlich der Matinee zum 100. Geburtstag von Emil Carlebach am 13. Juli 2014 im Haus Gallus, Frankfurt/M.

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, an das Leben Emil Carlebachs zu erinnern, dabei zu recherchieren und zu hinterfragen, neu zu gestalten und verschiedene Sichtweisen kennenzulernen, die man auf ihn haben kann.

Neben zahlreichen kleineren Veranstaltungen des Clubs fand am 13. Juli dieses Jahres eine Geburtstagsveranstaltung im Haus Gallus statt, die mehr als 300 Menschen besuchten. Erich Schaffner & Theaterkollektiv führten Emils Kindheit und Jugend in einem Theaterstück auf – eigens konzipiert für diese Veranstaltung. Beiträge und Grußworte von Cora Mohr, Ulrich Schneider, Detlef Hensche und dem Oberbürgermeister Frankfurts folgten. Auch eine Gesprächsrunde unter anderem mit Vertretern von Faites votre jeu und der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald–Dora war Teil des Programms.

Dass es immer wichtig ist, sich mit den Meinungen verschiedener Menschen zu befassen, kam stark zum Ausdruck, als ich einen Tag vor dieser Veranstaltung die Frankfurter Rundschau in die Hand nahm und über meinen Großvater lesen konnte, dass er »die Ermordung deutscher Kommunisten in der Sowjetunion bis zu seinem Tod geleugnet« habe. Natürlich war es toll, überhaupt etwas über ihn lesen zu können in der Zeitung, die er immerhin mitbegründet hatte – dennoch wusste ich nicht, ob ich lachen oder weinen sollte ob der beschriebenen »dunklen Seiten« Emil Carlebachs in dem Artikel.

Sicherlich hätte ich viel zu diskutieren gehabt mit Emil, sicherlich hätte ich in manchen Punkten eine andere Meinung gehabt – aber ihn kriminalisieren zu wollen, oder Anschuldigungen zu treffen, die schlichtweg falsch sind, das sollte man doch endlich sein lassen.

Da es aber doch getan wird, haben wir noch viel vor: unter anderem Stadtführungen in Frankfurt, eine weitere Veranstaltung in Berlin und Stolpersteinverlegungen für Liesel Edwards und Emil Carlebach im kommenden Jahr.

Umsonst ist der ganze Aufwand im Übrigen nicht: Mit Liesel telefoniere ich mittlerweile wöchentlich. Falls sie Deutschland noch einmal besuchen wird, möchte sie Buchenwald unbedingt sehen, hat sie mir vor einiger Zeit gesagt.

Auch wenn man es vielleicht nicht glaubt: Etwas kann man schon verändern – behutsam, aber kontinuierlich, auch bei 90-Jährigen.

Lena Sarah Carlebach

Für weitere Informationen über unsere Arbeit siehe: www.emil-carlebach.de



Lena Sarah Carlebach und (Groß-)Tante Liesel Edwards auf der gemeinsamen Schiffsreise

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02
BIC: PBNKDEFF

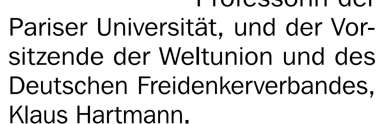
Internationales Kolloquium in Spa

L'autre guerre - Der andere Krieg

Ein internationales Kolloquium befasste sich am 20. September 2014 mit Fragen, die zum Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges in den meisten Rezeptionen unberücksichtigt blieben. Das Kolloquium wurde durchgeführt auf Initiative der VVN-BdA Aachen und unter der Schirmherrschaft der Weltunion der Freidenker. Austragungsort war das ehemalige »Hotel le Britannique« in Spa, jenes Hotel, in dem der deutsche Kaiser 1917/18 residierte – und abdankte. Freidenker und laizistische Organisationen in Belgien (Spa, Lüttich, Stavelot, Malme-dy) sowie der Ostermarsch Rhein/Ruhr und die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK NRW unterstützten das Kolloquium. Die internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden durch Simultanübersetzer unterstützt.

Für die Landesvereinigung der VVN-BdA referierte ihre Landessprecherin Iris Bernert-Leushacke über den Vertrag von Versailles und den Aufstieg des deutschen Faschismus; sie hob die Kontinuität der deutschen Kriegsziele hervor. An dieser Stelle seien genannt die schon 1911 formulierten Führungsansprüche in Europa (»Deutschland ist der unbestrittene wirtschaftliche Herr Europas«, so Herr Stinnes) und die Ausweitung des deutschen Einflussgebietes Richtung Osten – inklusive Vereinnahmung der Ukraine. Es waren dann beispielsweise auch Vertreter des Alldeutschen Verbandes und der 1917 kurzfristig gegründeten »Deutschen Vaterlandspartei«, die mit massiver Unterstützung des Großkapitals und revanchistischer militärischer Verbände (»Freikorps«) letztlich die alten Kriegsziele in die NSDAP einbrachten. Iris Bernert-Leushacke erinnerte daran mit dem Verweis darauf, dass – obwohl sich Geschichte nicht wiederhole – diese Kriegsziele auch in den aktuellen Auseinandersetzungen durchscheinen und die Versuche der Einverleibung der Ukraine in EU und Deutschland beleuchten.





Der Moderator der Veranstaltung, Prof. Philippe Beck, und Iris Bernert-Leushacke (VVN-BdA NRW)

Weitere Redner waren: René Burget, ein Lehrer aus Limoges und Aktivist der französischen Friedensbewegung, Patrice Lefebvre, Vorsitzender des Laïzitätshauses in Stavelot, Hubert Hedebouw vertrat Lucas Catherine vom Institut für marxistische Studien und Forschungen (Brüssel), Annie Lacroix-Riz, Historikerin und emeritierte Professorin der Pariser Universität, und der Vorsitzende der Weltunion und des Deutschen Freidenkerverbandes, Klaus Hartmann.

Insgesamt stach das Kolloquium aus der breiten Reihe der Veranstaltungen zum 100. Jahrestag des Kriegsbeginns hervor. Der Schwerpunkt lag auf »vergessenen« Aspekten dieses Krieges, und die gesamte Ausrichtung zielte darauf, vor den aktuellen Kriegsentwicklungen aufmerksam zu machen und zu warnen, insbesondere der (wiederholte) Griff auf die Ukraine wurde als massive Gefährdung des Friedens betrachtet. Das Kolloquium war international besetzt und organisiert. Damit war es zugleich auch Ausdruck des Zustandes der internationalen Friedensbewegung. Einen wirksamen Impuls für Aktionen der Friedensbewegung, z. B. gegen die Militarisierung der EU-Länder wie der EU selbst, konnte es noch nicht setzen, das wird kommenden gemeinsamen Veranstaltungen vorbehalten sein. Das Kolloquium wird in Bälde per DVD nachzuhören sein. ***dp***

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de

Viele weitere Informationen, fast täglich neu, sind unter www.nrw.vvn-bda.de zu finden. Wir bitten um Spenden für unsere Arbeit.

Unser Spendenkonto: Die neue Kontonummer ist: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35 BIC (SWIFT): PBNKDEFF



Gemeinsam gegen Hooligans und Gotteskrieger

Brüder im Geiste

Auf der Kundgebung gegen den rassistischen Aufmarsch der »Hooligans gegen Salafismus«, der am 26. Oktober in schweren, von einer unfähigen Polizei mit zu verantwortenden Krawallen endete, sprach Peter Trinogga als Vertreter der Kölner VVN-BdA. Er sagte u. a.:

»Sind die Nachrichten aus Kobane nicht dazu angetan, heute, morgen und in Zukunft nicht nachlassend gegen die djihadistische Mörderbande, die sich ›Islamischer Staat‹ nennt, aktiv zu werden? Warum stehen wir dann hier vor dem Bahnhof und protestieren gegen Leute, die für sich in Anspruch nehmen, gegen den Salafismus zu sein? Die HoGeSa, die ›Hooligans gegen Salafismus‹, die Neonazis und Rassisten, die wenige hundert Meter von hier entfernt ihre menschenfeindlichen Parolen herausbrüllen, sind genau aus dem gleichen Holz geschnitzt wie die selbsternannten Gotteskrieger. Es eint sie der gleiche, wahnhafte Hass auf alle diejenigen, die nicht so sind, und auch nicht so sein wollen, wie sie selbst.«

Die ganze Rede unter: http://nrw.vvn-bda.de/texte/1346_brueder_im_geiste.htm

Nazi-Aufmarsch in Hamm mit Deutschlandlied

Ungehindert tätig: Die Nazis als Partei »Die Rechte«

Viele Gegendemonstranten und eine eher geringe Teilnehmerzahl bei den Nazis – das war der 3. Oktober in Hamm. Aufgerufen hatte die Nazipartei »Die Rechte«. Ein Augenzeuge berichtete: »Als der bekannte Nazi Dieter Riefling versuchte, die erste Strophe des Lieds der Deutschen zu zitieren, ging das daneben: ‚Vom Rhein bis an die Memel …' beschrieb der seine territorialen Ansprüche und verzichtete ganz nebenbei auf große Teile Deutschlands. Im Riefling offenbar nicht geläufigen Original heißt es: ›Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt‹.«

Knapp unter 300 Teilnehmer kamen zur Nachfolgeveranstaltung des »Nationalen Antikriegstages« der Nazis – im vergangenen Jahr waren es noch über 400, vor ein paar Jahren kamen noch über 1.000. Der Verzicht, in Dortmund zu demonstrieren, war dort mit Kundgebungen und einem mehrtägigen Friedensfestival des DGB gefeiert worden. Geht es bergab mit den eng miteinander verflochtenen Nazigruppen in Hamm und Dortmund? Es gibt dennoch immer noch Anlass, sich gegen die Nazis zu stellen. Denn die Polizei schützt diese nach wie vor. Obwohl im neuesten Verfassungsschutzbericht des Landes NRW nachgewiesen wird, dass »Die Rechte« eine Nachfolgeorganisation der in Hamm und Dortmund verbotenen Nazigruppen ist, wird nichts unternommen, um das Verbot weiter durchzusetzen.

Mit 1.000 Gegendemonstranten haben sich überraschend viele Menschen gegen den Naziaufmarsch gestellt. Blockaden gab es mehrere im Bahnhof, die aber alle schon aufgelöst waren, als die Nazis eintrafen. Nur an wenigen Punkten gestattete es die Polizei dann den Nazi-Gegnern, auf Hör- und Sichtweite an den Aufmarsch heranzukommen. ***R.B.***

Friedensdemonstration am 3. Oktober in Kalkar:

Gegen den Roboterkrieg vom Niederrhein

Die Demonstration »Den Roboter-Krieg im 21. Jahrhundert verhindern!« gegen das NATO-Luftkriegskommando in Kalkar konnte mit 750 Demonstranten eine Verdreifachung der Teilnehmerzahl verzeichnen. Die VVN-BdA hatte diesmal besonders viel Energie für die Aktion aufgebracht, denn infolge der Entwicklung der letzten Zeit (NATO-Ausdehnung und Nazis in der Ukraine) war eine besonders antifaschistische und antimilitaristische Aussage notwendig. Aufgerufen hatten zusätzlich neben den Ostermscrhkomitees auch Konstantin Wecker, die Linkspartei NRW, die DKP und bundesweite Friedensbünnisse.

Reiner Braun von der Juristen-Friedensbewegung IALANA unterstützte die Anti-Drohnen-Kampagne und forderte eine Bildungseinrichtung der Friedensforschung mit Margot Käßmann als Präsidentin anstelle der militärischen Planungsinstanzen der NATO vor Ort. Andrea Randerath (Vertrauenskörperleitung Thyssen Steel Europe und VVN-BdA-Vertreterin) verurteilte, dass man die Öffentlichkeit nur sehr zurückhaltend darüber informiert, was in Kalkar läuft. Ulrich Sander (Bundessprecher der VVN-BdA) verwies auf Flugunfälle im militärischen Zuständigkeitsbereich von Kalkar und fragte: »Wie leicht kann da der Funke überspringen und es kommt zum großen Krieg?« Andrej Hunko, MdB Die Linke, kritisierte, dass die Rüstungsindustrie auf Kosten der sozialen und Bildungs-Aufgaben des Staates profitiert, wenn wie hier Unsummen in die Infrastruktur der Armee aufgewandt werden.

Konversion ist die Lösung

Bernhard Trautvetter vom Essener Friedensforum warnte davor, dass man konkret auf den hiesigen Tagungen des Joint Air Power Competence Center – die nächste ist im November – die Orientierung ausgibt, dass ein großer Krieg (major war) unvermeidlich ist, den man dann vorzubereiten habe, um mit »offensiven Instrumenten für Schläge« den Erfolg davontragen zu können. Eine Tagung, die derart flagrant gegen das Grundgesetz verstößt, gehöre verboten, die Einrichtung in Kalkar/Uedem müsste entsprechend geschlossen werden, und Konversion der NATO-Infrastruktur in Kalkar sei die Lösung. Es besteht ein großer Bedarf an solchen Einrichtungen der Konversion.

Nicht verhalten wie Tote!

Der Künstler Hanfried Brenner trug auf der Abschlusskundgebung den Text von Bertolt Brecht vor, den er 1952 für den Wiener Friedenskonferenz für Völkerverständigung geschrieben hat, demzufolge das Gedächtnis der Menschheit für ihre Leiden so kurz ist: »Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.« Die Friedensdemonstranten vereinbarten, solange mit immer mehr Menschen zusammen wiederzukommen, bis die Einrichtung für die »Kriegsführung im 21. Jahrhundert« (so der Titel der NATO-Konferenz 2012 in Kalkar) Geschichte ist.

Programm für den Frieden

Ulrich Sander sprach auch für die weltweite Antidrohnenbewegung, »die heute und morgen ihren Aktionstag hat. Die Antikriegs- und Antidrohnenbewegung protestiert hier, weil hier in Kalkar und in Uedem weltweite Drohneneinsätze koordiniert werden. Auch die Airbase Ramstein und die Kommandostelle Africom in Stuttgart koordinieren Drohneneinsätze. Mit der Anschaffung von Kampfdrohnen wird die Schwelle für eine Kriegsbereitschaft gesenkt. Unsere Forderungen sind im Aufruf eindeutig formuliert: Die Schließung des NATO-Luftwaffen-Führungszentrums in Kalkar; ein Konversionsprogramm für den Standort; keine Anschaffung und kein Einsatz von Kampfdrohnen; Abschaffung von Atomwaffen statt deren Modernisierung; Abrüstung statt neuer NATO-Kriege.« Weiter: »Seit dem letzten Treffen hier hat sich leider vieles zum Schlechten verändert: Die Rechten und Nazis vieler Länder haben bei der EU-Wahl große Stimmenzuwächse gehabt. An der Ukraine-Krise haben unsere deutschen Regierenden mittels EU- und NATO-Aufrüstung und Einsetzung einer Kiewer Regierung mit faschistischen Regierungsmitgliedern ihren skandalösen Anteil.« ***B.T./U.S.***



Über 750 Demonstranten belagerten am 3. Oktober das NATO-Luftkriegskommando in Kalkar friedlich und forderten dessen Schließung **Fotos: Blomberg**

Konsequenzen aus Flüchtlingsmisshandlungen in Burbach und »European Homecare« ziehen!

Kein Mensch ist illegal

Am 3. Oktober fand in der Nähe des Essener Hauptbahnhofs eine Kundgebung zur Solidarisierung mit Geflüchteten statt. Anlass waren die erschreckenden Bilder des Heimes in Burbach und die Berichte über ähnliche Zustände in Essen. Auch die VVN-BdA unterstützte die Aussagen der Kundgebung.

Die jüngsten Vorkommnisse, bei denen Asylbewerber vom Wachpersonal misshandelt worden sind, seien nur die Spitze des Eisbergs einer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik. Private Sicherheitsfirmen (European Homecare) haben in Asylbewerberunterkünften nichts zu suchen – die schrecklichen Vorkommnisse müssen Anlass sein, die Unterbringung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen grundlegend anders zu gestalten. Die Unterbringung in großen Einrichtungen mit teilweise über sechs, sieben Personen in einem Raum und Hunderten auf kleinen Geländen sind nicht hinnehmbar! Der 3. Oktober war auch gleichzeitig der Jahrestag der Schiffskatastrophe von Lampedusa, bei der vor einem Jahr 366 Menschen starben. Es war die bisher größte humanitäre Flüchtlingstragödie im Mittelmeer. Tausende Menschen sind schon bei dem Versuch gestorben, die Festung Europa zu erreichen.

Insgesamt war diese kurzfristige Demo recht gut besucht und neben der Partei Die Linke sprachen auch Vertreter/-innen von Grünen und Flüchtlingsorganisationen. Vertreter der Linken stellten klar, dass sie sich für die Abschaffung von Frontex und eine menschwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland einsetzen.

Endlich: NSU-Untersuchungsausschuss nun auch in Baden Württemberg durchgesetzt

VVN-BdA fordert zügige Aufklärung

Anfang des Jahres hatten auf Initiative der VVN-BdA 50 bekannte Persönlichkeiten die Einrichtung eines NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags gefordert und dafür eine Unterschriftenaktion gestartet. Zu offensichtlich waren die Aufklärungs- und Erklärungslücken rund um den der NSU zugerechneten Polizistenmord 2007 in Heilbronn.



Obwohl die erst 2011 ins Amt gelangte grün-rote Landtags- und Regierungsmehrheit unbelastet von den Ermittlungspannen und Geheimdienstverstrickungen aus der Zeit ihrer CDU/FDP-Vorgänger ist, waren es ausgerechnet die SPD und der von ihr gestellte Innenminister Gall, die sich hartnäckig geweigert hatten, einem Untersuchungsausschuss zuzustimmen.

Stattdessen wurde eine Enquetekommission gebildet, deren Auftrag es war, »Konsequenzen« aus den gar nicht erst aufgeklärten Vorgängen zu erarbeiten. Vorhersehbar scheiterte diese Enquetekommission, die eben nicht mit den Befugnissen eines Untersuchungsausschusses ausgestattet ist, nun bereits bei der Klärung der Frage, welche Akten sie einsehen und welche Zeugen sie befragen darf. Nach dem Rücktritt des Kommissionsvorsitzenden und der folgenden heillosen Zerstrittenheit der Landtagsfraktionen über ein entsprechendes Gutachten gab die SPD nun ihren Widerstand auf und stimmte der Bildung eines Untersuchungsausschusses zu. Damit hat sich auch die Beharrlichkeit der VVN-BdA, die weiterhin mehrere Tausend Unterschriften gesammelt hat, und vieler anderer im Land, die die Forderung nach Aufklärung nie verstummen lassen haben, ausgezahlt.

Der Weg ist nun frei, endlich die vielen ungeklärten Fragen rund um die Verbrechen der faschistischen Terrorgruppe »NSU« zu beantworten. Diese Fragen betreffen sowohl den Tathergang und die beteiligten Täter beim Heilbronner Polizistenmord sowie das Verhalten und Zusammenwirken der Behörden im Umgang mit dieser Tat als auch die Frage, in wie weit weitere rechtsterroristischen Strukturen im Lande wirksam waren und weiterhin sind. ***Dieter Lachenmayer***

Am 13. September riefen der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und andere Flüchtlingsorganisationen anlässlich der Abstimmung im Bundesrat über den Gesetzentwurf über so genannte »sichere Herkunftsländer« zu einer landesweiten Kundgebung in Stuttgart auf. Während alle anderen Länder mit Regierungsbeteiligung der Grünen ihre Zustimmung verweigert hatten, ermöglichten die Stimmen des von einem Grünen-Ministerpräsidenten regierten Landes die Verabschiedung des Gesetzes. Seine Regierung war 2011 mit dem Slogan »Humanität hat Vorrang« angetreten. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik solle der »Grundsatz eines menschenwürdigen Umgangs mit Flüchtlingen« eingehalten werden. Auf der Kundgebung forderte Jürgen Weber, Mitglied der VVN-BdA Baden-Württemberg: »Es gibt gegen die Diskriminierung der Sinti und Roma keine Enthaltung. Deutschland muss zum Asylrecht stehen. Gerade und ohne jedes Wenn und Aber bei einer ehemaligen Opfergruppe des Nationalsozialismus.«



Foto: Denzinger

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

Antifa-Radtour in Mannheim zu Wohnorten von Widerstandskämpfern:

Radfahrn mit der VVN-BdA

Dem Aufruf »Radelt mit!« der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Kreisvereinigung Mannheim, sind am 30. August 2014 ca. 20 Teilnehmer gefolgt.

Bei gutem Wetter konnten die verschiedenen Stationen ausgehend vom Marktplatz Neckarau angeradelt werden. So bewegte sich die Tour zum ehemaligen Wohnhaus des Widerstandskämpfers Ludwig Moldrzyk in die Rosenstr. 43. Als Fräser bei der Firma Lanz (heute John Deere) leistete er zusammen mit seinen Mitstreitern von der KPD-Gruppe und sozialdemokratischen Kollegen Widerstand gegen das NS-Terrorregime und den Zweiten Weltkrieg. Weiter ging es in die Wingertstraße 34, zum ehemaligen Wohnhaus von Robert Schmoll, der bei BBC in Käfertal illegale Zeitungen gegen das NS-Regime verteilte. Danach zur Katharinenstraße 19, dort wohnte Anton Kurz. Zusammen mit seinen Mitstreitern war er Teil der Widerstandsgruppe um Georg Lechleiter, die die illegale Zeitung »Der Vorbote« verteilte und damit zur Aufklärung der Belegschaft und zum Sturz Hitler beitragen wollte. In Neckarau fehle eine öffentliche Erinnerungsstelle für die Widerständler, war man sich einig. In der Mönchwörtstraße 51 war ein weiterer Stopp am ehemaligen Wohnhaus von Jakob Baumann. Mathias Kohler, stellvertretender Kreisvorsitzender der SPD, würdigte den Widerstand von Baumann und weiteren Sozialdemokraten gegen den NS-Terror. Jakob Baumann war bis 1933 und nach 1945 für die SPD im Mannheimer Gemeinderat Mitglied und von 1947 bis 1948 Vorsitzender der VVN Mannheim.

Nächstes Ziel war das John-Deere-Werk auf dem Lindenhof. Dort wurden wir vom Betriebsratsmitglied Birol Koca und dem Leiter der IG Metall-Vertrauensleute, Thorsten Jann, empfangen. Gemeinsam gingen die Teilnehmer zum Heinrich-Lanz-Denkmal im Werksgelände, dort, wo die sieben Stolpersteine für sechs Mitglieder der Lechleiter-Widerstandsgruppe (Eugen Biehler, Hans Heck, Anton Kurz, Ludwig Moldrzyk, Eugen Siegrist und Bruno Rüffer) und die ukrainische Zwangsarbeiterin Ekaterina Semak verlegt wurden. Gemeinsam radelte die Tour zum Georg-Lechleiter-Platz. Dort ging Fritz Reidenbach von der VVN-BdA auf die Geschichte des Platzes und die Schaffung des Denkmals ein, das im Jahr 1988 eingeweiht werden konnte.

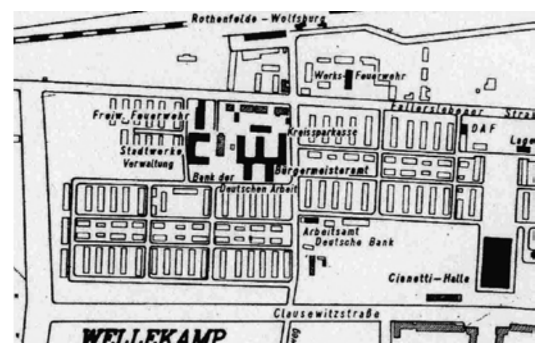
Abschließend besuchten die Teilnehmer noch die Stolpersteine für Josef Rutz, Otto Magin, Ludwig Neischwander und Henriette Wagner. Sie alle leisteten mit ihrem Widerstand einen Beitrag zur Beendigung des Terrors und des Krieges, weshalb die Nazis sie brutal ermordeten.

Günter Bentzinger, Fritz Reidenbach und Elke Kammigan-Bentzinger würdigten die einzelnen Widerstandskämpfer und ihre Motivation zum Widerstand und bedankten sich im Namen der VVN bei den Teilnehmern. ***Fritz Reidenbach***

Spurensuche in Wolfsburg, früher »Stadt des KdF-Wagens«

»Archäologie der Moderne«

Die Stadt Wolfsburg will das »Handwerkerviertel« im Innenstadtbereich sanieren. Dort standen zahlreiche Baracken, in denen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter leben mussten, die zuvor vor allem aus Polen und der Sowjetunion in die »Stadt des KdF-Wagens« verschleppt worden waren. Ein Stadtplan von 1941 zeigt dies eindrücklich.



Die Stadt, 1938 von Hitler mit einem ein Quadratmeter großen Klotz mit Hakenkreuz gegründet, verdankt ihren heutigen Wohlstand der Fronarbeit von über 20.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.

Wäre es da nicht zwingend notwendig, bei den Grabungsarbeiten zunächst bauliche Relikte aus der NS-Zeit zu dokumentieren und, gegebenenfalls exemplarisch, für nachfolgende Generationen in ihrem historischen Zusammenhang zu bewahren? Könnte nicht z. B. das Fundament einer Baracke mit einer Glasplatte bedeckt sichtbar gemacht werden, wie dies mit unterirdischen Funden am Schloss geschah? Könnten vielleicht auch Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Löffel, Blechteller, Kämme u. a. gefunden werden? Hat die Denkmalschutzbeauftragte der Stadt auf diesen Moment der Erdarbeiten gewartet? Mitnichten!

Tatsache ist: Das gesamte Gelände wurde einem privaten Investor übergeben, ohne eine denkmalschutzrechtliche Einschränkung in den Vertrag einzubauen. Erst auf Intervention der VVN/BdA mit Unterstützung der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten wurden nachträglich zwei Dinge erreicht:

1. In die sanierungsrechtlichen Genehmigungen wurde eingefügt: »Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass sich Ihr Bauvorhaben im Bereich des ehemaligen Gemeinschaftslagers des Dritten Reiches befindet und bei Erdarbeiten auf bauliche Relikte unter der Erde zu achten ist. Sollten Sie entsprechende Relikte finden, bitte ich Sie, mich darüber zu informieren.«

2. Der Investor muss jetzt zulassen, dass »die Denkmalpflege die Baustelle begleiten kann«.

So wird nun hoffentlich wenigstens dokumentiert, was danach verbuddelt wird.

Gemeinsam mit dem »Wolfsburger Verein Erinnerung und Zukunft« lädt die VVN/BdA, Kreisverband Wolfsburg, am 15. November zum Tagesseminar mit Prof. Reinhardt Bernbeck, Berlin (Spezialgebiet »Archäologie der Moderne«), ein.

Mechthild Hartung

Rundgang durch die Gedenkstätten in Hannover-Ahlem

Lernen an geschichtsträchtigen Orten

Auf Initiative der Kreisvereinigung Celle trafen sich Mitglieder aus Celle und Hannover zu einer Führung durch die Gedenkorte in Hannover-Ahlem.

Zunächst zeigte unser Ehrenmitglied Ruth Gröne das Mahnmal für das ehemalige KZ-Außenlager von Neuengamme, wo ab November 1944 etwa 750 Häftlinge die Gänge eines Asphaltstollens erweitern mussten, um Teile der Continental-Werke in den Untergrund zu verlegen. Viele von ihnen fielen den brutalen Arbeitsbedingungen und den Todesmärschen zum Opfer. Ruth Gröne erläuterte die Geschichte des Lagers und des Mahnmals. Dann führte sie uns zu den kürzlich freigelegten Fundamenten der Lagerbaracken und berichtete über Pläne, sie zu einem Bodendenkmal auszubauen. In den Kellerräumen der neu eröffneten Gedenkstätte Ahlem stellte sie das maßstabgetreue Modell des Lagers vor. Shaun Hermel vom Freundeskreis für die Gedenkstätte gab uns anschließend eine Einführung in das Konzept der Gedenkstätte. Ein großzügiger Empfangsbereich wurde dem historischen Direktorenhaus der Gartenbauschule angegliedert. Er öffnet den Blick auf die neu gestalteten und erweiterten Außenanlagen. Von hier gelangt man in eine Mediathek im Erdgeschoss. In den beiden Obergeschossen befindet sich auf 400m² die Dauerausstellung. Das erste Obergeschoss demonstriert die fortschreitende Entrechtung und Verfolgung der Juden bis hin zu den Deportationen und Mordaktionen der Gestapo. Das zweite Obergeschoss bildet drei historische Abschnitte der Israelitischen Gartenbauschule nach: Anfänge und Blütezeit der Schule (1893-1933), die vom Bankier Moritz Simon gestiftet worden war, um mittellosen jüdischen Jugendlichen das Erlernen praktischer Berufe zu ermöglichen, die Schule als Zufluchtsort vor der zunehmenden Entrechtung mit Orientierung auf Auswanderung (1933-1942) und schließlich der Kibbuz »Zur Befreiung«, eingerichtet von Überlebenden in Vorbereitung der Auswanderung nach Palästina/Israel (1945-1950). In der Ausstellung finden sich Bild- und Schriftdokumente. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf audiovisuellen Medien wie Tablet-Bildschirmen und Hörstationen, die zu eigenständigen Forschungen und vertiefendem Lernen anregen. Im Dachgeschoss befinden sich moderne Seminarräume. Die Kellerräume sollen noch für Lesungen und Sonderausstellungen ausgebaut werden.

rwk

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke! Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

Redaktion: Michael Rose-Gille

Gefängnisstrafe für Naziblockierer

VVN-BdA erklärt Solidarität mit Sven S.

Jahr für Jahr versammeln sich Nazis in Bad Nenndorf unter dem Schutz der Polizei und eines pervertierten Demonstrationsrechts, um ihre geschichtsrevisionistischen und faschistischen Parolen zu verbreiten. Sie veranstalten einen »Trauermarsch« für die dort von den britischen Besatzungsbehörden inhaftierten und vernommenen Nazischergen. Diese skandalösen Veranstaltungen treffen auf eine wachsende Widerstandsbewegung der örtlichen Bevölkerung (»Bad Nenndorf ist bunt«) und solche Formen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden.

Die Polizei folgt dann der bewährten Taktik, die gewaltlosen Blockaden gewaltsam abzuräumen und willkürlich Strafanzeigen gegen Teilnehmer zu stellen, die dann gegen gerichtliche Strafbefehle eingestellt werden.

2013 erhielten von 600 festgehaltenen Blockierern schließlich 40 einen Strafbefehl. Sven S. wollte den nicht akzeptieren, weil er nicht einzusehen vermag, dass Widerstand gegen Naziaufmärsche ein kriminelles Vergehen ist. Er ist nun für diese Überzeugung für zwei Monate ins Gefängnis gegangen.

Der VVN-BdA-Bundesausschuss hat bei seiner Tagung vom 27./28. September eine Solidaritätsresolution mit dem inhaftierten Antifaschisten verabschiedet.

rwk

http://www.vvn-bda.de/naziaufmaersche-in-bad-nenndorf-solidaritaet-mit-dem-widerstand/

Tage der Begegnung in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

»Dass sich so etwas niemals wiederholt!«

Die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg in der Oberpfalz lud am 20. Juli 2014 wie in jedem Jahr die Stadt Pirna zum feierlichen Gedenkakt zum Abschluss des Treffens ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers und seiner Außenlager ein.



Fahnen und Kränze der anwesenden Delegationen auf dem Platz der Nationen in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg am 20. Juli 2014 anlässlich der Tage der Begegnung Foto: Bernd Anger

Als Vertreter brachten Christine Anger, Mitglied des SKS-Beirates der Stadt Pirna sowie der Vorsitzende des VVN-BdA-Kreisverbandes Sächsische Schweiz, Bernd Anger, die Verbundenheit Pirnas mit der Gedenkstätte, dem Leidens- und Todesort unzähliger Menschen, zum Ausdruck. In seiner Gedenkrede dankte Herr Dr. Skriebeleit, Leiter der Gedenkstätte, ausdrücklich den Vertretern aus den Orten der Außenlager, besonders den angereisten Gästen aus Sachsen.

Zum Treffen der Überlebenden waren 35 ehemalige Häftlinge, vom Tegernsee bis Rio de Janeiro, sowie viele Angehörige angereist. So hatten wir auch wieder mit den ehemals in Pirna-Mocketal-Zatzschke inhaftierten Herren Josef und Michael Salomonovic, die schon mehrfach jungen Leuten in Pirna als Zeitzeugen über die schrecklichen Jahre im Konzentrationslager berichteten, ein interessantes Zusammentreffen.

Die in Flossenbürg aufgebauten Ausstellungen und Dokumentationen werden ständig erweitert, für das kommende Jahr wird bereits an der Außengestaltung des Geländes gearbeitet, um die Gedenkstätte künftig noch eindrucksvoller zu machen.

Der 20. Juli ist auch der Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Hitler. Die Beteiligten und Mitwisser Dietrich Bonhoeffer, Hans Oster, Ludwig Gehre und Wilhelm Canaris wurden in das KZ Flossenbürg gebracht und am 9. April 1945 dort ermordet.

Der Redner der ehemaligen Häftlinge war in diesem Jahr Herzog Max von Bayern, der als Kind mit seiner ganzen Familie von den Nazis im KZ Flossenbürg eingesperrt war. Sein Vater war vehementer Gegner des Hitler-Regimes. Er selbst hat überlebt und sieht es als seine Verpflichtung an, das grausam Erlebte weiter zu erzählen. In den Gesprächskreisen mit ehemaligen Häftlingen und Hinterbliebenen wird jungen Menschen die Geschichte der Menschheitsverbrechen, die die Nazis begangen haben, nahe gebracht. Sie nehmen das Erfahrene mit in ihre Lebenskreise, in ihre Länder. Die Sprecherin der Teilnehmer der Internationalen Jugendbegegnung in Flossenbürg schloss ihre Ausführungen zu den Tagen der Begegnung mit dem Satz: »Wir haben unsere Schlüsse gezogen und hoffen, dass sich so etwas niemals wiederholt!«

Christine Anger, Pirna

V.i.S.d.P. Peter Giersich.
Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903, E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de
Spendenkonto: Commerzbank Dresden , BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE47 8508 0000 0528 2111 00; (BLZ: 85080000, Konto-Nr.: 528211100)

Sächsischer Bürgerpreis an VVN-BdA Hoyerswerda

Der jährlich verliehene Sächsische Bürgerpreis geht in der Kategorie »Engagement in der Schule für Demokratie und Toleranz« in diesem Jahr an den VVN-BdA-Stadtverband Hoyerswerda. »In der VVN-BdA beschäftigen sich Schüler außerhalb des Unterrichts mit der Zeit des Nationalsozialismus. Sie nehmen an Zeitzeugengesprächen, Fahrten zu Gedenkstätten und Lesungen teil. Die Schüler werden durch das Projekt zu selbstständigem und tolerantem Handeln befähigt. Gleichzeitig lernen sie, sich gegen rechtsextreme und neonazistische Tendenzen und für Demokratie einzusetzen«, heißt es in der Begründung.

Aus den Erinnerungen des Antifaschisten Alfred Schneider

Das siebte Kreuz von Sachsenhausen

Wir sitzen im Seminarraum der KZ Gedenkstätte Lichtenburg-Prettin, die Stimmung ist bedrückend. Heiderose Gläß, die Löbauer Landtagsabgeordnete, lässt uns an ihren sehr persönlichen Erinnerungen und Aufzeichnungen ihres Vaters Alfred Schneider – während der faschistischen Diktatur in den Konzentrationslagern Lichtenburg und Sachsenhausen eingesperrt – teilhaben.

Alfred Schneider, 1908 in Schlesien geboren, wächst in einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie auf. Seit 1933 illegal arbeitend, wird Schneider 1935 in Breslau der Prozess wegen Vorbereitung zum Hochverrat gemacht. Nach Ablauf der Strafe wird »Schutzhaft« angeordnet. 1937 wird er aus KZ-Haft entlassen, 1942 zu Wehrmacht einberufen und soll als »Kanonenfutter« im Strafbataillon 999 in Afrika kämpfen. 1946 wird er aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Er stirbt am 10. Oktober 1992 in Thüringen.

KONZENTRATIONSLAGER IM SCHLOSS LICHTENBURG

Umschlag der Broschüre, die von Klaus Drobisch über das Konzentrationslager Lichtenberg geschrieben und 1987 veröffentlicht wurde.

»Ein schwarzer Sonntag.« Mit diesen drei Worten beschreibt Alfred Schneider den Tag seiner Verhaftung 1934 durch die Gestapo. »Der Empfang und das Wiedersehen mit den Genossen war ein sehr trauriges Erlebnis. Wir wurden mit Gummiknüppeln und Ochsenziemern zusammengeschlagen und in Einzelhaft gehalten.« Nach dem Aufenthalt im KZ Lichtenburg wird er in das KZ Sachsenhausen überstellt.

Darüber schreibt er: »In den ersten Wochen im November 1936 wurden wir in der Nacht auf den Appellplatz alarmiert. Es waren sieben Häftlinge entkommen … Die ganze Nacht wurde untersucht und zahlreiche Häftlinge erbarmungslos zusammengeschlagen. Am anderen Tag standen sieben Kreuze auf dem Appellplatz. Wir erlebten, dass sechs Häftlinge an diesen aufgehängt waren, zu Tode gequält und erschlagen wurden. Das siebte Kreuz blieb leer.«

Heiderose Gläß: »Meine Schwester und ich dachten, Vater bringt etwas durcheinander. Wir wollten diese Erzählung nicht glauben. Vielleicht hatte er später ‚Das siebte Kreuz' von Anna Seghers gelesen.« Im Juni 2014 erschien im »Neuen Deutschland« ein Artikel unter der Überschrift »Das siebte Kreuz von Sachsenhausen«. Der Vater von Heiderose hatte recht. Es ist so passiert. Seine Zeilen sind wahr.

Im Anschluss führt uns die Leiterin durch die Gedenkstätte. Im »Bunker«, von den Häftlingen »Färberei« genannt, gedenken wir der Gemarterten und legen Blumen nieder.

Dr. med. Ingrid Heyser, VVN-BdA-Bautzen